

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien

12. Sitzung
12. September 2012

Beginn: 9.05 Uhr
Schluss: 11.34 Uhr
Vorsitz: Martina Michels (LINKE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europa- und Bundesrats-/ Länderebene

Wird vertagt.

Vorsitzende Martina Michels: Dann kommen wir zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**GEMA und ihre neue Tarifstruktur für den
Veranstaltungsbereich**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0028](#)
EuroBundMed

Hierzu: Anhörung

Die Gäste habe ich schon begrüßt. Ich habe noch einen Hinweis dazu: Wir haben schon am 13. Juni 2012 eine Anhörung durchgeführt. Dazu liegen umfangreiche schriftliche Materialien, Stellungnahmen und auch ein Wortprotokoll vor. Ich danke Herrn Oeller auch noch mal dafür, dass er uns schon vorab schriftlich die Stellungnahme zukommen ließ. Die ist allen am 5. dieses Monats, also am Montag, zugegangen. Insofern beziehen wir sie gerne mit ein. Wird noch mal das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Es ist vielleicht doch noch mal ganz gut, zur Begründung zwei, drei Sätze zu verlieren. Erst einmal vielen Dank, dass Sie heute zu uns gekommen sind. Ich glaube, das ist ein gutes Signal, weil das Thema auch gerade in Berlin nicht nur die Veranstalter von Musik und Clubbetreiber bewegt, sondern auch im Berliner Abgeordnetenhaus vor der Sommerpause zu einer entsprechenden Beschlussfassung geführt hat. Uns treibt die Sorge um, dass mit der Tarifreform, wie sie von der GEMA zurzeit beabsichtigt ist, wichtige Interessen, die für die vielfältige Musiklandschaft Berlins von großer Bedeutung sind, nicht hinreichend berücksichtigt werden. Keiner bestreitet, dass diejenigen, die von der GEMA vertreten werden, einen Anspruch darauf haben, dass sie auch für ihre Werke und ihre Arbeit eine Entlohnung bekommen. Insofern ist das für uns ein ganz selbstverständlicher Aspekt, dass man auch mal darüber nachdenkt: Wie kann man das effizienter und genauer machen?

Nach dem, was wir bisher verstanden haben, ist es allerdings so, dass sowohl bei der Erfassung als auch bei der Abrechnung von Musik, die z. B. in Berlin in Clubs gespielt wird, diese Detailtreue und diese Spezifizierung auch auf den Einzelfall nicht sonderlich fair und gerecht ist. Ich glaube, das ist ein Fundament der Diskussion, dass hier viele glauben, dass so wie die GEMA bisher in ihrer Struktur und in ihrer Abrechnung aufgestellt ist, insbesondere in Städten wie Berlin die Dinge nicht sachgerecht aufgearbeitet werden. An dieser Stelle lautet schon einmal mein Appell an die GEMA, Ihr Tarifmodell so zu überarbeiten, dass Ihrem Auftrag entsprechend die Urheber eine angemessene Vergütung bekommen, dass aber natürlich auch Städte wie Berlin – Berlin hat sicherlich in Deutschland eine gewisse Sonderrolle mit seiner vielfältigen Musik- und Clubszene – hier nicht in Bedrängnis gebracht werden. Ich glaube, da muss man sich vonseiten der GEMA letztlich auch bewegen, weil die Diskussion, die wir in den letzten Tagen und Wochen gesehen haben, zeigt, dass so etwas auch eine politische Eigendynamik bekommen kann.

Wir hatten das so ein bisschen mit dieser Diskussion um ACTA, die sich dann politisch verselbstständigt hat, sodass am Ende das ganze Projekt gescheitert ist. Ich fände es bedenklich und schade, wenn wir jetzt bei dieser GEMA-Tarifreform in eine Diskussion kommen, die am Ende die Frage der Organisationsform der GEMA in der jetzigen Form ganz grundsätzlich aufruft. Das heißt, Sie müssten die politische Sensibilität dafür entwickeln, dass eine solche Diskussion inzwischen weit mehr ist, als dass sie nur in Kreisen der GEMA diskutiert werden kann. Ich glaube, da gibt es im Hause schon eine Erwartungshaltung der Politik, dass Sie ein Stück weit auf diejenigen zugehen, die in Berlin dafür sorgen, dass wir eine vielfältige Musik- und Clubszene haben. Das wollte ich als Begründung, warum wir uns als Koalitionsfraktion des Themas angenommen haben, gerne noch mal vorab sagen.

Vorsitzende Martina Michels: Herzlichen Dank! – Ich gehe davon aus, dass wir alle übereinstimmen, dass wir ein Wortprotokoll anfertigen und würde Herrn Oeller bitten, dass Sie ein paar Sätze zu Ihnen und Ihrer Begleiterin, Frau Ruhfus, sagen. Dann haben wir das auch gleich für das Protokoll festgehalten. – Bitte schön!

Georg Oeller (GEMA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Mein Name ist Georg Oeller. Neben mir sitzt Frau Marion Ruhfus. Frau Ruhfus ist unsere Direktorin für politische Kommunikation, also sozusagen unsere Verbindungsfrau in die Politik auf allen Ebenen, Bundestag, Landtage und natürlich auch nach Brüssel. Das zeigt auch an der Stelle, wir haben dieses Büro für politische Kommunikation seit 2006, welche Bedeutung das mittlerweile für uns hat, mit der Politik, mit allen Institutionen zusammen zu sprechen. Mein Name ist, wie gesagt, Georg Oeller. Ich bin Vorstandsmitglied der GEMA seit August 2009, also jetzt ziemlich genau drei Jahre, und habe in der GEMA 1995 begonnen. Ich bin in der GEMA für den Außendienst, das gesamte Thema der öffentlichen Wiedergabe, über das wir heute sprechen, und auch für die Verteilung, das Thema Ausschüttung an die Mitglieder, zuständig. Ich bin auch zuständig für das Tonträgergeschäft der GEMA und für einige Aspekte im Auslandsbereich. Das ist meine Aufgabe. Ich habe mit Frau Ruhfus an der Stelle sehr viele Schnittstellen. Ich sitze in München, habe aber auch ein Büro in Berlin, weil wir in Berlin auch große Einheiten in Dokumentation und Abrechnung haben. Deswegen bin ich auch sehr häufig in Berlin. Das spiegelt ungefähr wider, wer ich bin. Ich bin seit 1995 in der GEMA und dort sozusagen groß geworden und der erste Vorstand, der aus dem Haus berufen wurde und nicht extern.

Vielleicht darf ich ganz kurz, bevor wir dann, was sicherlich das Wichtigste ist, in die Diskussion einsteigen, um zu Ihren Fragen zu kommen, ein paar Sätze darauf verwenden, was die GEMA ist, ohne dass ich Sie damit langweilen will, aber es ist mir immer ganz wichtig, drei, vier Sätze zur GEMA zu sagen. Dann würde ich gerne kurz drei Schlaglichter auf diese Tarifreform verwenden, und dann, wenn es geht, versuche ich das in den fünf bis sechs Minuten zu machen, sodass wir dann genügend Zeit fürs Gespräch haben.

Die GEMA ist ein wirtschaftlicher Verein. Es gibt sie seit 109 Jahren, also nächstes Jahr 110 Jahre. Wirtschaftlicher Verein bedeutet erst einmal ein Verein. Vereinsmitglieder sind Textdichter, Komponisten und deren beider Verlage. Als wirtschaftlich gilt er deshalb, weil der Verein schon vor 109 Jahren und in der Folge immer wieder beschlossen hat, für die verschiedenen Formen der Musiknutzung eine Institution haben zu wollen, die für diese Nutzungen Inkassiert durchführt, also für die Vergütungssätze, für die urheberrechtliche Vergütung die Einnahmen eintreibt. Ich spreche immer von urheberrechtlichen Vergütungen und nicht von Gebühren, denn wir sind kein Wasserwirtschaftsamt. Wir sind auch keine staatliche Behörde, sondern wir sind ein privat geführtes Unternehmen unter staatlicher Aufsicht, weil – und jetzt kommt der nächste wichtige Punkt – bislang jedenfalls die Mitglieder oder die Komponisten, Textdichter und deren Verlage in Deutschland zentral bei der GEMA ihre Rechte bündeln und sie dort verwalten lassen. Hinzu kommen die ausländischen Schwestergesellschaften, die ebenfalls ihre Rechte bei der GEMA einbringen, und deswegen kommt es zu dieser Zentralisierung der Rechte für alle Sparten bei der GEMA. So arbeitet sozusagen die GEMA. Da wir diese Zentralisierung haben, hat der Gesetzgeber die GEMA im Urheberrechtswahrnehmungsgesetz eingebettet, also nicht nur die GEMA – ich rede jetzt immer über GEMA, aber es gibt natürlich auch noch andere Verwertungsgesellschaften, aber ich spreche nur für die GEMA –, hat der Gesetzgeber Verwertungsgesellschaften ins Urheberrechtswahrnehmungsgesetz dahingehend eingebettet, dass er diese De-facto-Monopolisten, nicht de jure – – Wir sind keine Monopolisten, wie es einst die Deutsche Post war oder andere staatliche Institutionen, sondern wir sind ein De-facto-Monopolist, der aber natürlich, das hat der Gesetzgeber im Urheberrechtswahrnehmungsgesetz festgelegt, Aufsicht braucht. Diese Aufsicht erfolgt über das Deutsche Patent- und Markenamt als Aufsichtsbehörde, und das Deutsche Patent- und Mar-

kenamt ist sozusagen eine Behörde des Bundesjustizministeriums. Hier erfolgt die Rechtsaufsicht über die GEMA, und das, was sie macht, äußert sich dahingehend, dass es im DPMA Leute gibt, die für uns zuständig sind und dass das DPMA an allen Sitzungen der GEMA, sprich: des Aufsichtsrates, teilnimmt. Es ist immer ein Vertreter des DPMA in allen Aufsichtsratssitzungen der GEMA dabei. Das als das Bild.

Wir haben neun Standorte in Deutschland, zwei größere Standorte in München und Berlin. das sind die sogenannten Generaldirektionen, und sieben Standorte bei den Bezirken mit insgesamt 1 100 Mitarbeitern. Das bedeutet also, wenn man sich die GEMA anschaut, das Wirtschaftsunternehmen GEMA, sind wir im Grunde ein mittelständisches Unternehmen mit 1 100 Mitarbeitern an neun Standorten. – Das ganz kurz zur GEMA, damit Sie mal einen Überblick haben.

Die GEMA befindet sich seit 2006, 2007 in einem Reformprozess. Wir sind seit dieser Zeit verschiedene Themen angegangen, und zwar ganz klassisch nach den Geschäftsfeldern der GEMA. Wir haben die Tarife und damit auch Inkasso. Wir haben das Thema Verteilung. Verteilung meint immer die Ausschüttung an die Mitglieder. Wir haben ein weiteres Thema, das sind die Kosten. Das vierte Thema ist natürlich die Binnenstruktur der GEMA. Wie ist die GEMA intern organisiert? Das sind die vier Geschäftsbereiche, in denen sich Aufsichtsratsvorstand, aber auch – das wissen Sie sicherlich – die Politik in diversen Gremien durch die Enquetekommission des Deutschen Bundestages mit der GEMA und den Verwertungsgesellschaften intensiv befasst und hier auch viele Anregungen gebracht und einiges angeschoben hat. Auf die GEMA wirken verschiedene Kräfte ein, und das ist auch gut so.

Jetzt zur Tarifreform: Wenn man Reformen macht, und da sind Sie als Politiker wahrscheinlich erfahrener als ich, geht das nie, ohne dass man in Diskussionen kommt. Das ist für uns ein normaler Prozess, durch den wir gehen müssen. Wir führen diese Diskussionen mit den Mitgliedern, wenn es sie an diesen Stellen betrifft, und natürlich auch mit den Nutzern. Die Nutzer sind in erster Linie von den Reformen bei den Tarifen betroffen. Wir hatten als ersten Schritt seinerzeit eine Reform des Konzerttarifs gemacht, das ist im Jahr 2008, 2009 begonnen worden, und haben dann mit den großen Konzertverbänden im Bereich der Live-Konzerte einen Vertrag abgeschlossen, der bis einschließlich 2014 gilt und einen neuen Tarif in den Markt einführt. Auch hier gab es intensive Gespräche und Auseinandersetzungen, aber letztendlich haben wir uns auch unter Einbindung der Schiedsstelle auf diesen neuen Tarif verständigen können.

Der zweite Schritt, den wir jetzt gemacht haben, auch auf der Basis der Erkenntnisse in diesem Tarifbereich, ist: Wir sind jetzt den gesamten Bereich der Veranstaltungen mit Musik angegangen. Wir reden jetzt über diesen Tarifbereich, und das ist wahrscheinlich allen klar, und nicht mehr über Konzerte, sondern über Veranstaltungen mit Musik. Das fängt für die GEMA, und das ist mir wichtig zu sagen, auch wenn in Berlin die Konzentration stark auf die Clubszene gelegt ist, beim Dorffest an, über das Feuerwehrfest bis zur Clubszene. Das ist ein breiter Ansatz. Wir haben im Jahr als GEMA fast 1,5 Millionen Veranstaltungen zu lizenzieren, die wir entsprechend tariflich erfassen müssen. Unser Ziel mit der Tarifreform war, ausgewogene Tarife zu machen, und zwar zwischen diesen ganzen Veranstaltungen, also vom Feuerwehrfest bis zur Diskothek. Das zweite Ziel, das wir hatten, war, weil es uns aufgegeben war, auch von vielen Seiten, die Tarife zu entschlacken, zu vereinfachen und möglichst auch zu konzentrieren. Deswegen haben wir die Tarife von 11 auf 2 reduziert. Der Ausgangspunkt

unserer Überlegungen war die Angemessenheit. Das Wort ist so, wie es ist, aber sozusagen ist für Verwertungsgesellschaften der Leitgedanke bei Tarifen die Frage der Angemessenheit der Tarife. Dieser Frage der Angemessenheit wohnt auch inne die Frage der Verhältnismäßigkeit von Tarifen. Wie verhältnismäßig ist der bisherige Tarif im Hinblick auf die Lizenzierung von Feuerwehrfesten und anderem gewesen? Wie verhältnismäßig ist sie auch im Hinblick auf die Lizenzierung von Diskotheken? Das war unser Ausgangspunkt.

Entlang der Spruchpraxis der Schiedsstelle und der Gerichte: Hier gibt es seit 30 Jahren, wenn Sie sich das anschauen oder die Juristen befragen, unabhängig, wie unterschiedlich Juristen das gerne bewerten, eine Rechtsprechung, die besagt – und damit komme ich zum Tarifansatz: 10 Prozent der Bruttokartenumsätze sind eine angemessene Vergütung. Wobei man hierzu immer sagen muss, wenn wir über die 10 Prozent reden, dann reden wir bei den meisten Nutzern nur über 8 Prozent, denn wir schließen Gesamtverträge mit großen Nutzervereinigungen, und auf der Basis dieser Gesamtverträge bekommen die Nutzer einen 20-prozentigen Rabatt. Deswegen würden die meisten Veranstaltungen, über die wir sprechen, in Zukunft mit 8 Prozent lizenziert werden, ohne dass wir über weitere Abschlüsse gesprochen haben.

Neu ist im Hinblick auf den ganzen Diskotheken- und Clubbereich, dass wir uns dem geldwerten Vorteil dahingehend zugewendet haben, dass der geldwerte Vorteil sich aus Raumgröße und Eintrittsgeld ergibt. Wir hatten vorher bei den Clubs und Diskotheken einen pauschalierten Ansatz, und wenn man die Tarife der GEMA betrachtet und sie auch neu bewertet, dann war der bisherige Tarif schlicht und ergreifend niederschmetternd niedrig. Das war auch entlang der bisherigen gesamten Veranstaltungspalette daher für uns nicht mehr zu rechtfertigen, die Tarife so beizubehalten, wie sie bisher waren.

Auf dieser Basis und mit dieser Erkenntnis haben wir dann mit der Bundesvereinigung der Musikveranstalter verhandelt. Die Bundesvereinigung der Musikveranstalter ist im Grunde eine Vereinigung, die es nur gibt, um mit der GEMA zu verhandeln. Das ist für uns nichts Ungewöhnliches. Es gibt sozusagen einen Verband der Verbände, der verschiedene Verbände bündelt, um mit uns zu verhandeln, um dann insbesondere den 20-prozentigen Gesamtvertragsrabatt zu bekommen. Wir hatten der Bundesvereinigung schon seit Jahren gesagt, dass wir an dieses Thema heranwollen, aber es ist uns am Ende des Tages nicht gelungen, mit der Bundesvereinigung hierüber eine Verständigung zu erzielen, über diese neuen Tarife zu verhandeln. Die Bundesvereinigung hat gesagt, sie spricht über alles Mögliche, aber nicht über diese neuen Tarife. Die Bundesvereinigung als Marktführer war natürlich unser erster Ansprechpartner. Das ist ganz normal. Wenn Sie ins Urheberwahrnehmungsgesetz schauen, muss die GEMA mit den großen Nutzerverbänden verhandeln, und die großen Nutzerverbände setzen dann die Maßstäbe. Wenn wir dann nicht weiterkommen, das haben wir dann gemacht, haben wir beschlossen, dass wir die Tarife veröffentlichen, damit wir sozusagen mit dem Markt in substantielle und vor allen Dingen zeitgerechte Gespräche kommen, denn die Zeit schleicht dahin. Wir hatten nicht den gleichen Zeitrhythmus wie die Bundesvereinigung, der vielleicht bis 2050 geht, sondern wir haben unser Geschäft zu machen und haben deswegen auch der Bundesvereinigung von Anfang an gesagt, dass, wenn sie mit uns nicht ins Gespräch eintreten, wir mit anderen sprechen werden, und das haben wir jetzt auch begonnen. Wir reden mit sehr vielen Gesamtvertragspartnern. Die GEMA hat in diesem Bereich insgesamt 400 Gesamtvertragspartner. Das geht von verschiedenen Diskothekenverbänden bis hin zu Tierzüchtervereinen – hätte ich fast gesagt –, mit denen wir alle Gesamtverträge haben,

wenn sie gesamtvertragsfähig sind, was keine sehr hohe Hürde ist. Diese Gespräche haben wir begonnen.

Was ist das Ziel unserer Tarifreform? – Die Auswirkungen sind, dass wir tatsächlich ca. 60 Prozent der Veranstaltungsformate entlasten bzw. sie bleiben gleich und 40 Prozent belasten. Das haben wir auch nie verschwiegen, dass wir mit den Diskotheken und Clubs über die erheblichen Tarifbelastungen in Zukunft sprechen wollen, denn diese Tarife im Bereich der Clubs und Diskotheken waren viel zu niedrig und nicht mehr angemessen und haben die Angemessenheit des Tarifs auf den Kopf gestellt. Was man der GEMA vorhalten kann, ist, dass man sagt: Warum hast du das nicht schon vor 20 Jahren gemacht? – Darauf kann ich keine Antworten geben, weil ich 1985 oder wann auch immer noch in der Schule war, hätte ich fast gesagt, nein, leider nicht, da habe ich schon Abitur gemacht.

Vor 17 Jahren war ich noch nicht dort. Ich habe angefangen als ganz normaler GEMA-Mitarbeiter. – Dieses Thema haben wir dann aber mit den Diskotheken und Clubs besprochen, insbesondere auch mit dem Diskothekenverband, der auch im DEHOGA organisiert ist, und haben verschieden Szenarien angeboten, wie wir in solche neuen Tarife kommen können. Wir wissen, dass wir Übergänge gestalten müssen. Das haben wir bei den Konzerttarifen 2009 auch gemacht. Wir wollten hier diverse Angebote machen, haben aber letztlich nicht die Gelegenheit bekommen, weil man gesagt hat, dass diese Angebote insgesamt nicht so akzeptabel sind.

In den anderen Gesprächen mit anderen Gesamtvertragspartnern sind wir jetzt in der Lage, diese Tarife zu verhandeln, und wir sind auch in der Lage, die Spezifika dieser Gesamtvertragspartner abzuhandeln. Das ist ganz wichtig. Wir haben Tarife, die auf der einen Seite einen Maßstab setzen, und auf der anderen Seite werden dann in Gesamtverträgen Branchenspezifika besprochen, also das, was anders ist als in anderen Sachverhalten.

Am Schluss vielleicht noch der Hinweis: Was wir noch mehr herausgearbeitet haben als in der Vergangenheit, ist die sogenannte Härtefallnachlassregelung – wie sie früher hieß, heute heißt sie Angemessenheitsregelung –, die, wenn Veranstaltungen, welcher Art auch immer – ob das Diskotheken sind oder das Dorffest ist –, ein wirtschaftliches Problem haben, das Gesamte bei zehn Prozent deckelt. Das ist ein ganz wichtiger Hinweis. Von dieser Angemessenheitsklausel wird auch heute, im bisherigen Tarifwesen der GEMA Gebrauch gemacht. Das ist nichts Außergewöhnliches, nicht irgendwas für die Armen und die Dummen, sondern es ist eine ganz normale Klausel, die man zur Anwendung bringt, wenn man eine Veranstaltung macht, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht gut läuft. Das kommt vor, und da hat man ein entsprechendes Instrument.

Wir verhandeln mit diversen Verbänden. Das waren die Karnevalisten, die Schützen. Wir verhandeln mit der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, mit dem Deutschen Olympischen Sportbund. Wir verhandeln mit den bayerischen Festwirten, wir verhandeln mit der LiveKomm am 18. September. Anfang Oktober sehen wir wieder die Bundesvereinigung, sprich den DEHOGA. Es ist also eine Vielzahl von Gesprächen, die derzeit laufen. Aber jetzt mache ich Schluss.

Darf ich noch eines sagen? – – [Vorsitzende Martina Michels: Einen kurzen Satz gestatten wir noch! Das ist ja die erste Runde, wir kommen sowieso noch ins Gespräch!] – Ich wollte nur sagen: Ich habe nicht das Thema Verteilung vergessen, das von Ihnen angesprochen wurde, Herr Zimmermann!

Vorsitzende Martina Michels: Zunächst einmal herzlichen Dank für die einführenden Ausführungen! – Wir treten jetzt in die Debatte ein, machen erst einmal eine große Fraktionsrunde – eine Wortmeldung pro Fraktion –, dann bekommen Sie die Gelegenheit, darauf zu antworten, und dann machen wir noch eine offene Runde für alle Ausschussmitglieder. – Zunächst – ich gehe von der Liste aus – hat Herr Gelbhaar die erste Frage oder Bemerkung.

Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe ein paar Fragen. Ich möchte zunächst mein Bedauern ausdrücken, dass Sie letztes Mal nicht hier waren, denn da hätten wir die Situation gehabt, dass auch diejenigen, die Sie jetzt ein-, zweimal angesprochen haben, hätten reagieren können. Uns liegen jetzt durchaus unterschiedliche Darstellungen vor,

insbesondere was Gesprächsabläufe und -angebote angeht. Aber das lassen wir jetzt einfach mal so stehen, denn wir sind ja kein Untersuchungsausschuss, sondern wollen uns einfach mit dieser GEMA-Tarifreform befassen. Meine erste Frage: Wir haben hier auch gemeinsam einen Antrag auf den Weg gebracht und einen Beschluss gefasst. Ist der an Sie herangetragen worden? Dieser Beschluss wies auf die spezifische Berliner Situation hin, die Sie schon angedeutet haben, vor dem Hintergrund, dass die Tarifreform hier zu der Befürchtung führt, dass – ich glaube, das fällt dann nicht mehr in den Rahmen der Angemessenheit – diverse Clubs einfach schließen müssten, wenn man diese Tarifreform in der angekündigten Art und Weise vornehmen würde.

Konkret geht es um ganz viele Punkte. Ich nenne diese jetzt einfach und bitte Sie, kurz dazu Stellung zu nehmen. Zum einen geht es um diesen Zuschlag für die neunte, zehnte Stunde, der wohl bei den Clubs massive Bauchschmerzen hervorruft und um den sogenannten „Laptopzuschlag“. Zum Zuschlag für die neunte, zehnte Stunde muss ich sagen: Wir haben in Berlin die Sperrstunde vor Jahrzehnten abgeschafft. – [Anja Schillhaneck (GRÜNE): Sie wurde 1949 nicht eingeführt!] – Ich habe immer das Gefühl: Wenn jetzt die Zuschläge für die neunte, zehnte Stunde eingeführt werden, dann führt die GEMA etwas ein, was Berlin nicht eingeführt hat, nämlich irgendwann eine Sperrstunde. Das, glaube ich, liegt überhaupt nicht im Interesse Berlins, weil wir nicht nur stolz darauf sind, dass wir so eine Clubkultur haben, sondern sie für uns auch ein ganz wesentlicher Wirtschaftsfaktor geworden ist und auch das Image Berlins nicht unwesentlich widerspiegelt.

Dann habe ich noch eine Frage zum Thema Black Box. Es gibt ja, soweit ich weiß, bundesweit 120 Stück. In Berlin sind wohl vier installiert. Gibt es da eine Entwicklung, um diese Berechnungen genauer darzustellen? Es gibt inzwischen einige Clubs, die sich auf den Weg machen wollen, nur noch GEMA-freie Musik zu spielen. Die sind nach dem bisherigen Zustand dann quasi in der Beweispflicht. Das müsste man denen dann zumindest ermöglichen.

Sie haben gesagt, die Gebühren seien bislang niederschmetternd niedrig gewesen, und Sie wüssten auch nicht, warum das nicht vor 20 Jahren angegangen wurde. Wenn man das so sieht – ich nehme jetzt mal kurz juristisch Ihren Standpunkt ein –, dann frage ich mich aber auch, warum das nicht vor zehn, fünf oder drei Jahren passiert ist. Es ist nett, darauf hinzuweisen, dass es vor 20 Jahren nicht passiert ist, weil man da noch nicht da war, aber aus Perspektive der Künstler stellt sich in der Tat die Frage, ob die GEMA dann die letzten 20, 30 Jahre ihre Rechte nicht ausreichend wahrgenommen hat. Die Frage müsste man dann ja umgekehrt stellen. Ich glaube, dass die GEMA, auch wenn Sie stetig sagen, dass da angemessene Gebühren gefordert werden, diese Aussage so eigentlich nicht treffen kann, denn das würde die Behauptung provozieren, dass das Deutsche Patent- und Markenamt seine Aufsichtspflicht die letzten 20 Jahre ebenfalls nicht wahrgenommen hätte. Ich glaube, dass diese Behauptung von der Vorsitzenden des Deutschen Patent- und Markenamtes so nicht geteilt wird. Dazu können Sie gerne mal Stellung nehmen.

Ich habe noch ein paar Fragen zur aktuellen Zeitleiste aus Sicht der GEMA. Wir sind jetzt in diesem Schlichtungsverfahren. Sie haben angedeutet, dass mit ganz vielen Leuten geredet wird. Aber wie ist es konkret mit den Dingen, die Berlin berühren? Eine Wissensfrage: Wie viel Geld will die GEMA eigentlich einnehmen, also was ist die Zielmarge, und wie begründet sich die? Gehen die Mehreinnahmen, die da perspektivisch veranschlagt werden aus dem Bereich Diskotheken und Clubs, auch mit der Überarbeitung dieses GEMA-Verteilungsplans

einher? Es wird immer wieder die Kritik geäußert, dass z. B. die Clubmusikbetreiber, die Clubmusiker von diesem Geld gar nichts sehen oder zumindest nicht mehr sehen. – Dabei will ich es für die erste Runde bewenden lassen.

Vorsitzende Martina Michels: Gut! – Dann hat jetzt Herr Lehmann-Brauns das Wort.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU): Ich habe mehr Wissensfragen. Bei uns allen wohnen ja zwei Seelen in der Brust. Einerseits mögen wir auch die Interessen der Produzenten, der Musikhersteller vertreten, auf der anderen Seite – das hat Herr Gelbhaar auch schon angedeutet – gibt es eine reiche Clubszene in Berlin, die wir ungern durch neue Tarife schrumpfen lassen würden. Wenn man davon ausgeht: Sie vertreten ja nur Veranstaltungen und Veranstalter. Wie viel rutschen eigentlich bei Ihren Kontrollen durch? Haben Sie Zahlen dazu? Wie lange muss derjenige, der durchgerutscht ist, befürchten, von Ihnen noch erwischt zu werden? Gibt es da eine Verjährung? Daran schließe ich die Frage an – wenn man den Urheber schützen will –: Es gibt ja viele Möglichkeiten, außerhalb der Veranstaltungen diese Urheberrechte zu verletzen. Haben Sie da Kontakte zu anderen Institutionen? Es gibt ja eine reiche Szene der Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen wie Herunterladen von CDs und Einzelmusikstücken. Gibt es von Ihnen empfohlene Maßstäbe, wie solche Verletzungen zu behandeln sind, oder halten Sie sich da ganz heraus? – Vielen Dank!

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): Ich danke Ihnen, dass Sie uns hier Rede und Antwort stehen, weil wir ja, wie Sie wissen, das alles mit all Ihren Kritikern vor einiger Zeit in einer großen Anhörung schon besprochen haben. Ich weiß nicht, ob Sie die Protokolle davon gelesen haben. Die haben mit ihren Argumenten schon Eindruck gemacht. Deswegen möchte ich vorschicken, dass wir als SPD-Fraktion, aber auch als Koalition die Funktion und Existenzberechtigung und wichtige Rolle der GEMA bei der Verwertung von künstlerischen Produkten nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern sie für erforderlich halten auch für die Zukunft, und zwar auch als Monopolist, wie Sie sagen. Es gibt ja viel Kritik, die GEMA sei ein so schlimmer Monopolist, sie diktiert alles usw. – [Christian Goiny (CDU): Monopolist ist er gerade nicht!] – Faktisch, sagt er, de jure nicht! – Nein, es ist richtig, dass es eine starke Verwertungsgesellschaft gibt. Das heißt, wenn jetzt alternative Verwertungsgesellschaften gefordert werden, wären wir dabei, Sie als GEMA zu verteidigen, weil wir Ihre Position nicht prinzipiell geschwächt wissen wollen. – Das als Grundsatzbemerkung.

Andererseits sehen wir, dass Sie auf der Unbeliebtheitsskala bundesweit kurz nach der GEZ kommen. Die Wahrnehmung ist, dass Sie wie eine Behörde agieren, die die Leute drangsaliert. Das ist auch die Schieflage. Da müssen wir was tun. Wir appellieren an Sie, möglichst die Realitäten so aufzunehmen und wahrzunehmen, dass es irgendwann eine Einigung gibt. Das wäre unser Obersatz. Wir möchten, dass Sie sich mit allen am Ende einigen und es eine vernünftige Tarifreform gibt, mit der Sie, aber auch die Betroffenen und vor allen Dingen die Clubs leben und überleben können.

Deshalb habe ich zwei, drei konkrete Fragen. Es geht einmal – Herr Goiny hat es angedeutet – um die Frage der Erfassung, um die Trennung von geschützter und nicht geschützter Musik. Da geht es um Regeln für elektronische Musik, wo nicht genau zu erkennen ist: Was ist der eigene Beitrag, wo wird etwas Geschütztes verwendet? Die mixen, die entwickeln etwas Neu-

es – der DJ tritt als Künstler auf. Das ist eine so weit verbreitete Szene, dass man für diese experimentelle Musik, die nicht nach fünf und auch nicht nach acht Stunden Veranstaltung zu Ende ist – weshalb die Zuschläge relativ absurd sind, das sind andere Formate dort –, für diese neue Form von experimenteller, innovativer, elektronischer Musik ein Erfassungssystem finden muss. Das gibt es bisher nicht. Die Black Boxes sind nicht die Lösung. Deswegen meine Frage: Wären Sie bereit, eine Software zu akzeptieren, die es offensichtlich gibt und die die Clubs auch bereit sind anzuwenden – in Holland entwickelt oder wo –, um in den einzelnen Clubs herauszufiltern, wo die geschützte Musik ist, sich das übermitteln zu lassen und dann zu klären, was hier GEMA-pflichtig ist und was nicht? Wenn wir nämlich so eine Software einsetzen könnten, könnten wir uns viel ersparen.

Zweitens, Ausschüttungsgerechtigkeit – hat Herr Goiny auch gesagt –: Wir können nicht verhindern, dass Dieter Bohlen viel verdient. Aber wir möchten, dass andere, die noch nicht Mainstream und noch nicht so bekannt sind oder die etwas Neues machen, die ganzen Künstler, die nicht die ganz großen Namen haben, angemessen und gerecht beteiligt werden. Die fühlen sich benachteiligt. Wir können das nicht im Einzelnen ausrechnen und prüfen, aber wir bitten Sie, sensibel zu sein, damit auch die anderen, die noch nicht ganz groß sind, eine Chance bei der Ausschüttung haben.

Schließlich weiß ich nicht, wie das jetzt mit dem Schiedsverfahren ist. Wir haben gehört, Sie würden gern mit einzelnen Clubs verhandeln. Das geht natürlich gar nicht. Es wäre schön, wenn Sie bereit wären, mit autorisierten Vertretern der Clubszene – wer das nun ist, ob man da Berliner Vertreter nimmt oder bundesweit, muss man klären – verbindlich zu verhandeln, und nicht versuchen, die auseinanderzuidividieren. Das werden Sie vielleicht auch gar nicht wollen. Wenn Sie etwas dazu sagen könnten, wie Sie da die Verhandlungen konstruktiv begleiten können, wären wir Ihnen dankbar. Vielleicht kann man dann in diesem Jahr auch zu einem Ergebnis kommen.

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Frau Dr. Hiller!

Dr. Gabriele Hiller (LINKE): Es sind schon viele Fragen gestellt worden. Bei Herrn Zimmermann kam es gut zum Tragen: Wir sitzen hier in einer Bittstellerposition. Wir bitten für diese Stadt, dass Sie Verwertungsbedingungen für die Clubszene schaffen, die für diese annehmbar sind. Ich sage: Wir bitten nicht nur, sondern wir fordern Sie auf, dass dieses auch durch Sie realisiert wird. So, wie es hier ankam, gab es gar keine Gespräche. Es gab einen Vorschlag von Ihnen, und der war für die Vertreter der Musikszene nicht diskutabel, also fand kein Gespräch statt. So ist es, jetzt etwas verkürzt dargestellt, bei mir angekommen. Ich frage Sie deshalb, warum Sie diesen Zeitfaktor 1. Januar kommenden Jahres als so zwingend betrachten. Es steht ja im Raum: Ab 1. Januar tritt es in Kraft, egal, was nun passiert. Einige sagen, sie werden dagegen klagen, und man wird es auf dem Gerichtsweg ausfechten. Andere wiederum sagen: Wir werden unsere Häuser schließen müssen. – Beides halte ich im Zeitalter demokratischen Gebarens eigentlich für nicht hinnehmbar.

Wie Herr Zimmermann sagte, haben Sie einen schlechten Ruf. Warum wollen Sie ihn noch mehr verschlechtern? Ich verstehe es nicht. Wenn man von 12 Tarifen auf zwei kommt, ist das für mich als jemanden, der sich nicht weiter damit beschäftigt, nicht hinnehmbar. Ich kann mir vorstellen, dass es da zu Konflikten kommt. Sie haben es geschafft, sich mit den Karnevalsgesellschaften zu einigen. Sind die näher an Ihnen dran, haben die eine bessere

Lobby? Wie kommt das? Ist Berlin zu weit weg? Warum schaffen Sie es nicht, sich mit der Clubszene an den Tisch zu setzen und die Probleme, die – für uns nachvollziehbar – genannt wurden, auch zu besprechen: die Zuschläge, den Zeitablauf, die unterschiedlichen Musikverwertungen, die hier auch deutlich wurden? Nicht jeder, der gespielt wird, bekommt letztlich von der GEMA sein Geld. Das ist ja das Eigentümliche. Sie wiederum sind ein großer Betrieb, mit 1 100 Mitarbeitern. Schlucken Sie die Einnahmen zum großen Teil selbst? Ich habe gelesen, wie das Verhältnis ist. Letztlich klagen ja die Künstler, die relativ unbekannten Künstler, die jungen Bands darüber, dass sie von diesen Dingen überhaupt nichts haben, dass sie also außerhalb Ihres Einflussbereichs spielen. Ich finde, es ist bedauerlich für Bands, die sich entwickeln, die Einnahmen brauchen, die Musikinstrumente kaufen, was weiß ich, dass sie nicht berücksichtigt werden, aber die Großen gut beteiligt sind. Man hört es ja letztlich auch im Radio. Wer wird gespielt? – Die, die bei der GEMA an den Einnahmen beteiligt sind. Die anderen haben gar keine Chance.

Ein großes Thema ist die Intransparenz, die hier aufgefliegen ist. Es wäre aus meiner Sicht wichtig, dass Sie das Ihre dazu tun, dieses auch im Interesse der Clubszene dieser Stadt zu klären. Es ist meine Aufforderung und Bitte an Sie, das bis zum Januar zu klären. Die ganze Sache, die den Hotel- und Gaststättenverband – DEHOGA – betraf, war ja schlüssig für uns. Sind Sie da einen Schritt weitergekommen, oder wird man da jetzt mit einer großen rechtlichen Auseinandersetzung rechnen müssen? – So weit vielleicht erst mal. Danke schön!

Vorsitzende Martina Michels: Herzlichen Dank! – In der ersten Runde dann noch Herr Dr. Weiß, bitte!

Dr. Simon Weiß (PIRATEN): Ich muss auch zugeben, dass die größere Frage, wie sich dieser neue Tarif eigentlich rechtfertigt, noch etwas offengeblieben ist. Sie haben jetzt von Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit gesprochen und davon, dass die vorherigen Tarife niederschmetternd niedrig waren. Die Frage ist: Was ist die Motivation? Linearisierung, man geht von vielen Tarifen auf wenige runter, das ist eine Vereinfachung, das kann ich noch nachvollziehen. Aber das Entscheidende an der Stelle ist: Bei 60 Prozent der Veranstaltungen – darunter werden sicherlich diese Feuerwehrfeste usw. fallen – ändert sich nichts. Die sind hier nicht vorstellig geworden, und die gehen auch nicht auf die Straße. Aber wenn es bei den restlichen 40 Prozent – die Rechnungen liegen ja vor, die wurden hier auch relativ überzeugend dargestellt – Steigerungen der Kosten im drei- bis vierstelligen Prozentbereich gibt, kann ich diese Beschwerden sehr gut nachvollziehen. Es wurde auch ziemlich plausibel gemacht, dass es schlicht wirtschaftlich nicht zu machen ist.

Die andere Zahl, die Sie immer nennen, ist: 10 Prozent der Umsätze, wohlgemerkt nicht der Einnahmen, sondern der Bruttoumsätze. – [Georg Oeller (GEMA): Brutto-Kartenumsätze!] – Das ist genau der Punkt, genau darauf wollte ich gerade zu sprechen kommen. Sie haben gesagt, Kartenumsätze. Das ist etwas, was ich vorher auch schon gelesen habe, auch in Materialien von Ihnen. Wenn ich mir aber jetzt mal Ihre Tarife angucke – ich zitiere aus dem Tarif MV, im anderen, UV, steht im Wesentlichen das Gleiche drin –, ist von Eintrittsgeldern und sonstigen Entgelten die Rede, wobei „sonstige Entgelte“ z. B. Sponsorengelder, Spenden, Werbeeinnahmen und sonstige Zuschüsse, die unmittelbar zur Finanzierung der Veranstaltung dienen, sind. – Da jetzt nur von Karteneinnahmen zu reden, wie Sie es insbesondere in Ihren eigenen Argumentationshandreichungen, die Sie, glaube ich, an Ihre Mitglieder verschickt haben – dazu komme ich gleich noch – tun, und noch darauf hinzuweisen, wie viel Prozent

die Karteneinnahmen an dem Umsatz einer solchen Veranstaltung normalerweise ausmachen, finde ich reichlich irreführend, wenn man dann wiederum als Berechnungsgrundlage alles nimmt, was direkt in die Veranstaltung einfließt. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Mir fehlt zu dem vorgebrachten Argument: Das ist wirtschaftlich nicht machbar. Wenn wir das faktisch so machen würden, müssten wir schließen. – die Widerlegung oder auch nur die Entgegnung von Ihnen. Sie sagen immer: 10 Prozent ist fair. Das ist so noch nicht nachvollziehbar für mich.

Die andere Sache: Sie haben gesagt, Sie haben die Diskussion auch mit Ihren Mitgliedern geführt. Jetzt hätte ich das gern präzisiert. Das Thema Binnenstruktur wurde auch schon angesprochen. Sie haben eine relativ hierarchische Struktur. Gibt es Kommunikation mit Ihren Mitgliedern, die zum größten Teil – ich nehme Mitglieder im weitesten Sinne, nicht die ordentlichen Mitglieder – nicht sehr in diese Kommunikation eingebunden sind? Soweit ich weiß, gibt es von Ihnen eine Kommunikation nach außen mit Argumenten für die Tarifreform, die Sie vor relativ kurzer Zeit an Ihre Mitglieder verschickt haben. Ich weiß nicht, was Sie sonst so an Diskussionen führen oder was Sie da an Feedback bekommen. Viele von denen, deren Rechte Sie vertreten, sind nicht nur Komponisten und Textdichter, sondern auch Musiker, die in dem einen oder anderen Sinne aufführen. Die haben verschiedenen Interessenlagen, gerade weil die größte Mehrheit nicht sonderlich stark an den Ausschüttungen beteiligt sind.

Ein paar Punkte noch: Ein Punkt aus der letzten Anhörung war, dass es momentan wohl einen Rechtsstreit gibt, an dem die GVL, die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten, beteiligt ist, für die Sie ja auch das Inkasso übernehmen, wo es um den Anteil geht, der nach deren Vorstellungen von 20 auf 100 Prozent gehoben werden soll, wenn ich das richtig sehe. Was würde passieren, wenn dieser Rechtsstreit ergibt, dass diese 100 Prozent angemessen sind, was ja eine größere Mehrbelastung wäre? Wie würden Sie darauf reagieren? Würde das eine Nachjustierung Ihrer Tarife nach sich ziehen?

Mit Verweis auf den Beschluss, den wir in diesem Haus getroffen haben – Herr Gelbhaar hat es schon angesprochen –: Ein Aspekt, der noch nicht angesprochen wurde, ist die Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige und Vereine. Können Sie dazu etwas sagen? Sie hatten schon angekündigt, dass Sie noch etwas zur Verteilung sagen wollen. Ich denke, es ist wichtig, sich an der Stelle nicht nur auf diese Tarifreform zu konzentrieren, weil – das hatte Herr Goiny schon ganz am Anfang angesprochen – die Diskussion, auch die öffentliche Diskussion, die wir gerade haben, durchaus grundsätzlicher ist. Die betrifft nicht nur das, sondern die Fragen: Wie ist die GEMA überhaupt aufgebaut in ihrer Binnenstruktur, in ihrem demokratischen Aufbau, in ihrer Transparenz und ihrem Verteilungssystem? Welche Rolle hat die GEMA in diesem ganzen System? Im Gegensatz zu Herrn Goiny oder auch Herrn Zimmermann begrüße ich diese Diskussion sehr und finde sie auch sehr richtig. Mich würde interessieren, wie Sie damit umgehen oder was Sie davon mitnehmen. Was ziehen Sie daraus?

Wir haben schon die Monopolsituation angesprochen. Ein Aspekt, der mich interessiert, ist Ihr Umgang mit freier Musik, der ja nicht nur darin besteht, dass Sie Musiker, die freie Musik produzieren, nicht vertreten wollen – an der Stelle sind Sie tatsächlich schon mal kein Monopolist –, sondern auch darin, dass Sie sich z. B. berufen fühlen, gerichtlich dagegen vorzuge-

hen, dass freie Musik unter Pseudonym veröffentlicht wird, was ja zuletzt der Fall war. Man fragt sich schon: Was ist die Motivation, so was zu tun? Halten Sie das wirklich für einen auf die Dauer gangbaren Weg, gerade in Anbetracht der öffentlichen Diskussion, die wir gerade haben? – Das war's erst mal von mir.

Vorsitzende Martina Michels: Gut! Herzlichen Dank! – Die erste Runde ist vorbei. Sie merken, dass es einen großen Gesprächsbedarf gibt. Ich würde Sie bitten, jetzt zu antworten. Mit Blick auf die Uhr müssen wir uns selber ein bisschen disziplinieren, denn wir haben noch einen Anzuhörenden, der sicherlich bald eintreffen wird, Herrn Kosslick. Ich habe für die zweite Runde schon Herrn Goiny, Herrn Jahnke und Frau Schillhaneck auf der Redeliste. – Bitte schön, Herr Oeller!

Georg Oeller (GEMA): Ich versuche, es kurz zu machen. Wir haben mitgeschrieben, und es gibt ja auch noch das Wortprotokoll. Ich bin auch gern bereit, die Fragen, zu denen wir jetzt nicht kommen, dann schriftlich zu beantworten. – [Frank Zimmermann (SPD): Sehr schön!] –

Vorsitzende Martina Michels: Das nehmen wir gern an.

Georg Oeller (GEMA): Ich werde jetzt sicherlich nicht jeden Punkt aufgreifen können. Die Themen, die Sie angesprochen haben, und Ihre Fragen haben z. T. Schnittstellen. Deswegen versuche ich, sie zusammenzufassen, wenn Sie erlauben, damit es schnell geht.

Ich fange mit der Frage an: Wo stehen wir? Die Tarife gelten ab 1. April 2013. Es laufen diverse Gesamtvertragsverhandlungen, auch, jetzt kommend, mit Vertretern der Berliner Clubszene und Clubs aus anderen Städten. Wie diese Verhandlungen ausgehen, kann ich nicht sagen. Wir müssen eben miteinander sprechen. Tatsache ist auf jeden Fall: Ende dieses Jahres laufen unsere Gesamtverträge mit der Bundesvereinigung aus, und es war schon immer so, dass wir diese Gesamtverträge in der Vergangenheit mit der Bundesvereinigung neu verhandelt haben. Nachdem wir wussten, dass wir hier einen größeren Einschnitt machen, waren wir sehr bemüht, sehr frühzeitig das Thema aufzugreifen, damit wir zum 1. Januar bzw. 1. April 2013 nicht in diese Drucksituation kommen.

Wie ist der Stand der Dinge? – Es gibt zwei Schiedsstellenverfahren, die laufen. Eines ist von der GEMA initiiert worden, das ist das Verfahren Bundesvereinigung der Musikveranstalter gegen GEMA im Hinblick auf die beiden Tarife, über die wir heute sprechen. Die Schiedsstelle hat hier den 19. Dezember als Termin für die mündliche Verhandlung festgelegt. Die Schiedsstelle ist beim Deutschen Patent- und Markenamt, aber eine eigene Gerichtsbarkeit, die sozusagen als Spezialgerichtsbarkeit hierüber entscheidet, bevor es in den ordentlichen Rechtsweg zum Oberlandesgericht München und danach u. U. zum BGH geht.

Das ist der Stand der Dinge. Das zweite Verfahren bei der Schiedsstelle ist das Verfahren der Tanzschulen gegen die GEMA, auch diesen Tarif betreffend. Das wird Ende November verhandelt. Dazwischen finden weitere Gespräche statt. Es ist ganz normal, dass die GEMA Schiedsstellenverfahren hat und gleichzeitig mit ihren Gesamtvertragspartnern verhandelt. Das ist der momentane zeitliche Horizont. Die Schiedsstelle muss nach dem Gesetz binnen eines Jahres entscheiden. Das heißt, sie muss bis Juni 2013 entscheiden. Wann sie das tun wird, ob sie es vorher tun wird, weiß ich nicht. Das entscheidet die Schiedsstelle in eigener Zuständigkeit, wie jedes andere Gericht auch entscheidet, wann es sein Urteil verkündet. Das ist dann ein Einigungsvorschlag, und den können entweder beide Seiten akzeptieren oder nicht, und dann geht es in die ordentliche Gerichtsbarkeit über. Das ist im Schnellgang der Stand, wo wir heute im Ablauf stehen.

Dann fange ich mal an bei der Frage: Wie sieht es verteilungsseitig aus? Was nimmt die GEMA ein aus dem Bereich der Diskotheken und Clubs? In der Tat ist es so, dass wir ein eigenes Diskothekenmonitoring und eine darauf basierende eigene Verteilung haben. Wir haben bundesweit 120 sogenannte Black Boxes in Diskotheken hängen. Hier ist entscheidend, dass die Diskothek bereit ist, solche Black Boxes aufzuhängen. Diese Diskotheken werden statistisch ermittelt von einem unabhängigen Statistiker nach den entsprechenden Genres und zusammen mit Media Control ausgewertet. Die GEMA ist hier außen vor. Hintergrund ist schlicht und ergreifend, dass dieses statistische Verfahren ein neutrales sein soll. Von daher unterschreiben auch alle Diskothekenbetreiber Verpflichtungen, dass sie über diese Black Boxes, die sie dann bei sich aufhängen, nicht kommunizieren, weil wir hier keine Missbräuche schaffen wollen. Dieses statistische Verfahren muss vielmehr quasi abgesichert sein. Wir können keine Black Boxes aufhängen, die die Diskothekenbetreiber nicht bei sich aufhängen wollen. Wir können auch kein Monitoring vor Ort machen, wenn Diskothekenbetreiber das nicht wollen. Es ist juristisch nicht möglich. Wir sind froh, wenn wir 120 Diskothekenbetreiber finden. Um es mal ganz klar zu sagen: Wir sprechen mit 15 Diskothekenbetreibern, um einen zu finden, der so eine Black Box aufhängt. Und das sind auch diejenigen, die hier in Berlin schreien. Entschuldigung, wenn ich das mal sagen muss! Da gibt es ganz Spezielle, über die ich eben nicht reden kann, die schreien und diese Sachen nicht aufhängen. Das ist der erste wichtige Punkt: Ohne die Beteiligung der Diskothekenbetreiber, die angeblich die Urheber beteiligen wollen, geht es nicht.

Wir sind bereit, dieses Diskothekenmonitoring zeitgemäß weiterzuentwickeln und werden das auch tun. Das bedeutet aber auch, dass wir die Kooperation brauchen, sonst geht es nicht. Für Musikfolgen, welcher Art auch immer, von Veranstaltungen brauchen wir die Kooperation mit den Veranstaltern. Sie haben gefragt, ob sich die GEMA im Verteilungsbereich bewegt. Ja, die GEMA bewegt sich im Verteilungsbereich. Wir haben ein ganz neues Abrechnungssystem für den Livebereich beschlossen, basierend auf Musikfolgen. Die GEMA verarbeitet jährlich 400 000 Musikfolgen aus Veranstaltungen, die sie lizenziert. Wir sind willens und auch dazu in der Lage, weil wir auch in unsere IT enorm investieren, um das möglich zu machen, aber wir brauchen die Kooperation an der Stelle, sonst wird es willkürlich, und das wollen und sollen wir ja gerade nicht sein. Also, von daher: Ja, die Verteilung wird sich weiterentwickeln. Ich weise nur darauf hin, dass sich auch beim bisherigen Diskothekeninkasso, wenn da eine Disko 30 Euro am Abend bezahlt und 100 Titel gespielt hat, die Frage der wirtschaftlichen Verhältnismäßigkeit stellt. Das muss man ganz klar an der Stelle auch anerkennen. Wir machen kollektive Rechtswahrnehmung, die wirtschaftlich sein muss. Aber wir sind bereit, weil wir wissen, dass das ganz klar auch der Trend der Zeit ist, dass man möglichst ge-

nau erfasst. Derjenige, der gespielt wird, soll sein Geld bekommen. Das ist in unserem ureigensten Interesse. Wenn wir das möglich machen können, machen wir es. Deswegen werden wir auch unsere Verteilung an der Stelle weiterentwickeln, so wie wir es im Sommer beschlossen haben, als wir das PRO-Verfahren – vielleicht hat der eine oder andere davon gehört – abgelöst haben durch ein inkassobezogenes Abrechnungsverfahren, sodass wirklich das, was reingeht, auch beim Urheber – für ihn nachvollziehbar – ankommt. – Das zu der Verteilungsseite. Ohne Kooperation mit den Diskotheken geht es nicht, und die Diskotheken wollen uns da bislang nicht dabei haben. Da tun wir uns sehr schwer, Fuß zu fassen.

Eine weitere Frage war, ob wir durch diese Tarifreform mehr Geld erwirtschaften werden. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß, dass wir 60 Prozent entlasten – oder sie bleiben gleich – und 40 Prozent belasten. Wir wissen und gehen davon aus, dass sich der Veranstaltungsmarkt verändern wird. Das bedeutet, dass sich der Markt auf die Tarife – welche auch immer das letztendlich sind – einstellen wird. Das ist ganz normal. Er verändert seine Preisstruktur, er verändert seine Art, Veranstaltungen zu machen. Dann werden wir auch sehen, was das für uns bedeutet. Aber ich denke, es ist das erste Mal, dass die GEMA versucht, Gerechtigkeit zu schaffen, und wir nehmen auch in Kauf, dass wir Geld verlieren. Von den Diskotheken werden wir mehr Geld bekommen, das ist klar. Ob es sich am Ende rechnet, ob da ein Plus steht oder eine schwarze oder eine rote Null – ich habe keine Ahnung. Aber das für uns entscheidende Thema war die Angemessenheit, und hier wollen wir gerne weitergehen.

Dann war die Frage, ob wir uns Gedanken über die wirtschaftliche Bedrohung gemacht haben und wie das Feedback der Mitglieder ist. In der Mitgliederversammlung der GEMA im Juni hier in Berlin war das Feedback der Mitglieder die große Sorge um die Frage: Wie gehen die Gesellschaft und die Politik mit der GEMA um? Der Tarif an sich und die Notwendigkeit dieser Tarifstrukturreform waren eigentlich für die Mitglieder klar. Wie man das dann in den Markt einführt, dass es hier Abfederungen geben und man das verhandeln muss, das ist für die GEMA-Mitglieder nichts Neues, und das ist ihnen völlig klar. Was die wirtschaftliche Bedrohung betrifft, kann ich Ihnen das schwerlich sagen, weil ich ja keinen Club betreibe. Ich kann Ihnen nicht sagen, inwieweit die Clubszene hier wirtschaftlich bedroht ist. Ich glaube aber, dass die Rechnungen, die aufgemacht und sehr geschickt medial platziert worden sind, ein Stück weit an der Realität vorbeigehen, denn jenseits von bestimmten Kulturclubs gibt es eine ganz normale Diskotheken- und Clubszene. Das sind profitable Betriebe, das sind Wirtschaftsunternehmen, die werden mit diesem Thema umgehen können. Die Tarifreform hier zur wirtschaftlichen Bedrohung hochzuschaukeln, halte ich für übertrieben, noch dazu, wo es ja durch die Angemessenheitsregelung usw. wirkliche Deckelungen gibt, wo einer sagen kann: Wenn die Veranstaltungen nicht laufen, kann ich sie deckeln. – Das sehe ich an der Stelle nicht.

Der GVL-Streit ist angesprochen worden. Die GVL ist eine eigenständige Verwertungsgesellschaft für die Wahrnehmung der Leistungsschutzrechte, die eine Tarifreform gemacht hat oder machen möchte und sich darüber mit der Bundesvereinigung streitet. Dieses Thema hängt beim Oberlandesgericht München. Dieses wird voraussichtlich am 20. September dazu eine Entscheidung treffen. Die Schiedsstelle hat dieses hundertprozentige Verlangen der GVL – ich weiß nicht, ob Sie das wissen – abgelehnt und der GVL 30 Prozent zugestanden. Wie jetzt das Oberlandesgericht an der Stelle entscheidet, kann ich nicht beurteilen. Wir sind von der Bundesvereinigung in diesen Prozess hineingezogen worden und haben vor dem Oberlandesgericht dargestellt, dass wir nicht der Auffassung sind, dass Urheber- und Leistungsschutz-

rechte gleich zu behandeln sind, und damit das Erhöhungsverlangen der GVL aus unserer Sicht so nicht zutreffend ist. Die Bundesvereinigung kreiert hier eine Gemeinsamkeit, die es nicht gibt. Die gibt es vielleicht in der Gesamtbelastung, was für Rechte zu bezahlen ist, aber institutionell gibt es keine Gemeinsamkeit. Sie geben jemandem einen Inkassoauftrag. Das heißt noch lange nicht, dass der für Sie sagen kann, Sie haben die Rechte, oder Sie haben sie nicht. Das ist hier für mich ganz wichtig.

Um das Ehrenamt, genau um das bürgerschaftliche Engagement wollen wir uns mit dieser Tarifreform kümmern. Genau das ist der Punkt, weshalb wir gesagt haben: Die Bereiche, wo das stattfindet, wollen wir entlasten. Dass das für die Berliner Club- und Diskothekenszene keine Rolle spielt, ist mir völlig klar. Aber noch mal: Wir reden als GEMA über eine breite Palette. Wir reden über 1,5 Millionen Veranstaltungen, die in diesem Land stattfinden. Wir reden über viel mehr – Entschuldigung, das soll jetzt nicht zynisch sein! – als nur über die Berliner Club- und Diskothekenszene. Wir reden über ganz große Veranstaltungsbereiche, die auch große Interessen haben und auch durch die Tariflinearisierung wahrgenommen werden wollen. Wenn man gegen die Tarifreform ist, dann ist man auch gegen die Entlastung dieser Verbände. Die Bundesvereinigung hat das bisher überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, weil letztlich eine ganz andere Klientel dahintersteckt, die Sie vielleicht seit der Steuermilliarde kennen sollten.

Die angesprochene Erfassung, ob geschützt oder nicht geschützt: Es ist so – das zeigt auch die gezielte Auswertung, die wir machen durften, die uns seitens der Clubszene zur Verfügung gestellt worden ist –, dass überwiegend in all diesen Clubs und Diskotheken eben doch GEMA-Repertoire gespielt wird. Die GEMA-Vermutung besagt ja nichts anderes als: Da die GEMA zentral die Rechte hat, ist davon auszugehen, dass sie eben auch die Rechte in all diesen Clubs, Diskotheken usw. wahrnehmen kann. Das ist der Anscheinsbeweis. Derjenige, der keine Musik aus diesem Bereich spielt, muss das eben beweisen. Das ist ja nichts anderes als das, was die GEMA-Vermutung sagt. Wir sehen nicht, dass es realistisch ist, Clubs oder Diskotheken ohne GEMA-Repertoire zu betreiben. Ich glaube, das ist auch irgendwann in der letzten Sitzung geäußert worden. Hinsichtlich des Versuchs, irgendwo GEMA-freies Repertoire zu spielen, ist, ich glaube, das Wort „gruselig“ gefallen. Für die GEMA ist die GEMA-Vermutung die Wahrnehmung ihrer Rechte. Wir machen kollektive Rechtswahrnehmung und nichts anderes. Wir versuchen, durch die kollektive Rechtswahrnehmung möglichst individuell zu verteilen. Ich glaube nicht, dass der richtige Angriffspunkt die GEMA-Vermutung ist, sondern die richtige Frage, die Sie stellen müssen, ist: Wie kann die Verteilung immer weiterentwickelt werden, um den Urhebern die Einnahmen wirklich zufließen zu lassen? Das ist der entscheidende Punkt. Über den Verteilungsplan entscheiden die GEMA-Mitglieder, und zwar auch die angeschlossenen außerordentlichen durch ihre Delegierten, die stimmberechtigt sind in der Hauptversammlung. In der letzten oder vorletzten Mitgliederversammlung ist auch beschlossen worden ist, deren Anzahl deutlich zu erhöhen. Es hat in diesem Jahr, Gott sei Dank, auch sehr gut funktioniert. Wir hatten über 60 Delegierte bei ungefähr 300 Anwesenden. Unser Vorschlag war sogar höher, unser Vorschlag als Vorstand waren 100, aber die Mitglieder selber, und zwar die Delegierten, haben gesagt, das sei ihnen zu viel, sie könnten diesen Organisationsgrad nicht leisten. So jedenfalls habe ich es mitgenommen. Hier wird es aber auch weitere Entwicklungen geben. Das ist nichts, was in Stein gemeißelt ist. Das ist auch der Hintergrund, warum wir versuchen, die GEMA auf diesen ganzen Gebieten anzustoßen, weil wir uns eben schon weiterentwickeln wollen.

Ich glaube auch – es kam ja auch die Frage nach dem Image –, wir haben ein Problem: Das ist, dass wir am Ende des Tages immer Geld haben wollen. Das ist verdammt lästig. Aus der Falle kommen wir nicht raus. Das muss man ganz klar sagen. Ich glaube auch, wir sind als GEMA gut beraten, wenn wir nicht so tun, als wenn wir das nicht wollten, sondern dazu stehen, dass wir diesen Auftrag haben. Dafür haben die Mitglieder die GEMA geschaffen. Die GEMA ist kein Selbstzweck, und es ist auch nicht so, dass die GEMA-Verwaltung sich an dem Laden bereichert, sondern die Mitglieder haben diesen Laden geschaffen, um von der GEMA und über die GEMA ihren Lebensunterhalt oder Teile ihres Lebensunterhalts zu verdienen. Das funktioniert auch. Es ist natürlich auch ein Punkt, was im Radio gespielt oder in Konzerten aufgeführt wird. Darauf haben wir als GEMA keinen Einfluss. Wir würden uns in dem Ganzen eine breitere Streuung wünschen, das ist klar, aber wenn etwas gespielt wird, dann bekommen es unsere Mitglieder auch, und zwar in der Breite und nicht nur Dieter Bohlen.

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Wir kommen zur zweiten Runde. Wie gesagt, Herrn Kosslick konnten wir gerade dazu überreden, noch einen Kaffee zu trinken, aber wir müssten doch ein bisschen auf die Uhr schauen. – Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Ich will es auch gar nicht so lange machen, weil ja ein paar Dinge schon gesagt worden sind. Eines muss ich vorab sagen: Ihre These, wer gegen die Tarifreform sei, sei gegen die Entlastung des bürgerschaftlichen Engagements, ist – verzeihen Sie mir! –, salopp gesagt, Unsinn. Wir haben hier eine ganz andere Diskussion. Wir sehen als Berliner Landespolitiker die Interessen dieser Stadt an erster Stelle. Auch hier gibt es bürgerschaftliches Engagement, aber auch hier gibt es Unternehmer, die mit Musik Geld verdienen. Dazu gehört auch die Clubszene. Wir haben festgestellt, dass das, was sich in diesem Bereich in den letzten 20 Jahren in Berlin entwickelt hat, etwas ist, was diese Stadt stark macht, weil es die Vielfalt und Kreativität dieser Stadt stärkt, weil es Arbeitsplätze schafft und zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden ist. Nun kann man bei so einer Frage aus Sicht der GEMA nicht sagen: Wir gucken hier mal nur auf die, die wir vertreten, und schauen, wie wir deren Interessen angemessen berücksichtigen können –, sondern Sie müssen auch die anderen, die Sie mit Ihren Entscheidungen tangieren, sehen. Das ist eine wirtschaftspolitische Frage. Hier gibt es natürlich unterschiedliche Interessen. Das, was sich in der Diskussion momentan für uns abzeichnet, lässt bei uns den Eindruck entstehen, dass das nicht in Ordnung ist, was da bisher auf der Tagesordnung steht. Sie haben faktisch – wenn auch keine Monopolstellung – eine sehr starke Stellung, indem Sie sagen: Wir machen den Tarif, der gilt ab 1. Januar, und wir sind hier die Verwerter und Schluss, aus!

Deswegen muss man schon sagen: Wenn es da jetzt nicht zu einer auch für uns aus Berliner Sicht nachvollziehbaren Einigung kommt, dann laufen Sie Gefahr, dass das Ganze politisch in einer anderen Dimension diskutiert wird. Da wünsche ich Ihnen ein Jahr vor der Bundestagswahl viel Spaß, wenn überall die Bundestagsabgeordneten in ihren Wahlkreisen mit diesem Thema konfrontiert werden. Dann sind wir nämlich ganz schnell in der Diskussion, ob nicht das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz geändert wird und bestimmte Dinge da etwas konkreter gefasst werden müssen, die dann wahrscheinlich Ihre Grundstrukturen ganz anders angreifen als die Frage, über die wir momentan diskutieren. Deswegen glaube ich schon, dass Sie gut beraten sind, sich hier relativ zeitnah auch mit diesen Spezifika zu beschäftigen.

Es ist ein Unterschied, ob Sie eine einmalige Musikveranstaltung wie ein Feuerwehrfest oder regelmäßig jede Woche Veranstaltungen haben. Die Frage, warum die Angemessenheit nicht gewährleistet war – das haben Sie so behauptet, aber nicht begründet. Mir ist das nicht klar. Warum es 10 Prozent vom Brutto, nicht vom Netto sein müssen, ist mir nicht klar. Die Frage nach der Erfassung und Abrechnung, nach diesen Stundenregeln – das ist alles gar nicht berlinspezifisch. Das geht hier so alles gar nicht. Das ist fürs Dorffest richtig – fünf Stunden und Schluss –, aber für Berlin geht das mit den Zeitzuschlägen und Ähnlichem so gar nicht. Das heißt, es ist schon erkennbar, dass in Ihrer Tarifstruktur die berlinspezifischen Besonderheiten gar nicht berücksichtigt sind. Man kann nicht sagen: Wir vereinfachen hier –, wenn man de facto für Berlin die Situation gar nicht angemessen abbildet. Das ist ein Grundproblem, das wir an dieser Stelle haben, das Sie gar nicht richtig mitaufgreifen.

Abschließend muss ich sagen: Was ich für höchste problematisch halte, was ich hier gerade gehört habe, ist, dass die Vertretung der Aufsichtsbehörde regelmäßig an Ihren Aufsichtsratssitzungen teilnimmt. Das finde ich schon ziemlich erstaunlich. Diese Nähe scheint mir doch höchst problematisch, und ich denke, man sollte noch mal klären, ob es wirklich so sinnvoll ist, dass Patentamtsvertreter regelmäßig an den Aufsichtsratssitzungen teilnehmen. Ich finde, das geht so gar nicht und schafft hier auch eine ungute Nähe, jedenfalls den Verdacht einer unguten Nähe. Insofern sollte das auch noch mal überdacht werden. Das ist vielleicht auch ein Punkt, den die Senatskanzlei mitnehmen und mal abfragen kann, was das in der Praxis bedeutet.

Ich finde es ein bisschen schade, dass von Ihnen heute kein Signal gekommen ist, dass man die Dinge, die für Berlin besonders zu berücksichtigen sind, aufgreift. Hier geht es um Interessen einzelner Branchen, aber auch einzelner deutscher Länder. Sie können vielleicht von hier mitnehmen, dass die Interessen zumindest der Berliner Politik schon die sind, dass wir diesen Teil der mittelständischen Wirtschaft in Berlin erhalten wollen. Es gibt sehr viele offene Fragen, ob das, was mit Ihrer Tarifreform im Detail angedacht ist, wirklich auch die wirtschaftlichen Interessen, die wir für Berlin als wichtig erachten, angemessen abbildet. Sie vertreten eine Gruppe von wirtschaftlichen Interessen, aber hier geht es um einen fairen Ausgleich, den wir schaffen müssen, und der ist zumindest nach dem, was Sie mir heute vorgetragen haben, für mich nicht erkennbar nach dem jetzigen Modell.

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Herr Jahnke!

Frank Jahnke (SPD): Um genauer beurteilen zu können, ob die bisherige Vergütung erschütternd niedrig war, wie Sie es nannten, müsste ich zumindest noch ein bisschen mehr verstehen – vielleicht bin ich ein bisschen schwer von Begriff und habe es aufgrund Ihrer Erläuterungen noch nicht ganz verstanden –, wie der Durchfluss von Ihrer Einnahmeseite zu den Urhebern ist. Sie sagten, es muss am Ende das bei den Urhebern transparent ankommen, was auf der anderen Seite eingegangen ist. Habe ich Sie richtig verstanden, dass es da keine direkte Erfassung der Musik, die auf einer bestimmten Veranstaltung gespielt wurde, gibt? Also eine Art Playlist oder Ähnliches erhalten Sie doch, sodass Sie eine Verteilung vornehmen könnten. Wie geht es dann innerhalb Ihrer Mitgliedschaft weiter? Ich selber bin ja auch jemand, der sich ein bisschen in Musikproduktionen versucht hat. Mir hat einer Ihrer Mitarbeiter mal gesagt: Die GEMA ist kein Patentamt für Musik. Hier sind Sie falsch, wenn Sie sagen: Ich habe ein Stück. Können Sie mir bestätigen, dass es mein Stück ist und dafür künftig Tantiemen eintreiben? – Er hat gesagt: Nein, das müssen Sie anders machen. – Also Plagiatsvorwürfe,

solche Fragen wie: Wer ist eigentlich der Urheber? – sind keine Fragen an die GEMA – wurde mir zumindest so mitgeteilt –, sondern die GEMA geht davon aus: Das ist der Urheber, und dieser Urheber soll seinen ihm zustehenden Anteil dann bekommen. Das müssten Sie mir erklären.

Wenn Sie jetzt so eine Playlist angenommen haben und da ein Lied von mir draufsteht und eins von Dieter Bohlen und eins von den Rolling Stones und eins von Udo Jürgens, bekommen wir dann alle den gleichen Anteil, oder gibt es da noch eine unterschiedliche Gewichtung nach Rang und Namen? – Das würde mich auch interessieren.

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Frau Schillhaneck!

Anja Schillhaneck (GRÜNE): Herr Oeller! Sie haben so schön viele Sachen gesagt, ich bin so dankbar für dieses Wortprotokoll, das wir am Anfang der Anhörung beschlossen haben. Ich wollte nur einzelne Punkte herausgreifen, die bei mir eine gewisse Irritation ausgelöst haben. Das eine ist die Frage: Sie bezeichnen sich selber als Quasimonopolist und haben darauf hingewiesen, dass es sogar im Selbstexperiment von Ihnen bekannten Musikveranstaltungsbetreibern und -betreiberinnen zumindest die Selbstauskunft gegeben habe, dass das schwer möglich sei. Wissen Sie, wie viel Prozent der insgesamt öffentlich dargebotenen Musik Sie unter Rechtsverwertung haben? Das wäre eine sehr spannende Frage, denn die Frage der Angemessenheit, die Sie so in den Vordergrund zu rücken versucht haben, liegt ja auch immer ein kleines bisschen im Auge des Betrachters, jedenfalls mindestens an der Stelle, wo Sie gerade stehen im Rahmen des Verhandlungsprozesses. Wenn zu mir jemand sagen würde: Schöner Gewerbebetrieb hier, läuft, glaube ich, ganz gut. Wir hätten gern 10 Prozent dessen, was da vorne reinkommt –, dann würde mir nicht unbedingt sofort das Geschäftsmodell eines bundesdeutschen Quasimonopolisten einfallen. Aber Ihre Darstellung war so, dass bei mir gerade gewisse Assoziationen hochgekommen sind.

Ich muss auch ganz klar sagen: Wir sind als Grüne durchaus an alternativen Rechteverwertungsgesellschaften interessiert, weil wir glauben, dass dadurch einiges nur besser werden kann, auch mit unterschiedlichen Lizenzierungsmodellen, auch mit Lizenzierungsmodellen, die eine kostenfreie öffentliche Darbietung oder auch DJ-Kunst und Ähnliches besser ermöglichen als das, was Sie derzeit als GEMA anbieten. Es wird auch immer wieder an uns herangetragen, dass solche Ideen auch innerhalb der GEMA durchaus mal angesprochen worden seien, sich aber wegen der Strukturen – das sagte jedenfalls auch Ihr Aufsichtsratsvorsitzender neulich auf einer Fachtagung der Grünen – so nicht durchsetzen würden in Ihrem eigenen Kreis, weil relativ klar geregelt ist, wer das festlegt – oder die Überlegungen, was die Modelle sind, die Sie als GEMA nach vorne tragen wollen. Am Rande hätte ich noch die Frage, wie Sie intern damit umgehen, dass Ihnen selbst von Ihren eigenen Mitgliedern ein deutliches Demokratiedefizit unterstellt wird, was sich auch nach Aussagen derer, die häufig mit uns reden, auch in den vorgeschlagenen Modellen zur Rechteverwertung niederschlägt. Es hat ja was miteinander zu tun, wie Sie intern strukturiert sind und wessen Interessen Sie an welcher Stelle priorisieren.

Was passiert eigentlich, wenn Sie bis zum 31. Dezember 2012 nicht zu Verabredungen gekommen sind? Ist dann automatisch das von Ihnen vorgeschlagene Modell der Tarifreform in Kraft? Das fände ich relativ seltsam, aber gut, vielleicht ist das so. Vielleicht können Sie das kurz noch erhellen. Ansonsten bin ich Ihnen, Herr Goiny, sehr dankbar für Ihre Ausführun-

gen. Vieles davon könnte ich glatt so unterschreiben. Interessante Einigkeit an der Stelle! Ich glaube, wir müssen da durchaus noch einiges weiter diskutieren, auch unter der Perspektive der Berliner Landespolitik, denn eines teile ich nicht: Okay, das sind bundesgesetzliche Sachen, aber ich sehe uns hier nicht – weder als Parlament noch als Stadt Berlin – in der Rolle der Bittsteller. Für mich ist auch die öffentliche Auseinandersetzung, wie sie um ACTA gelaufen ist, kein Schreckensbild, sondern eine Form von einer breiten, öffentlich getragenen Auseinandersetzung, die eine Menge damit zu tun hatte, dass Leute sich auch öffentlich artikuliert haben gegen Dinge, die in ihren privaten Bereich bis hin zum Musikkonsum usw. eingreifen, durch die dann endlich eine öffentliche Auseinandersetzung über besserer Strukturen, Rechteverwertung, Urheberrechtsschutz usw. kommen kann. Eigentlich setze ich in ähnliche Modelle eine gewisse Hoffnung. Ich glaube, es muss jetzt gar nicht der Verweis auf eine Bundestagswahl sein, auch wenn sie natürlich vor der Tür steht und dann manchmal öffentliche Aktivität noch ein bisschen verstärkt. – Danke!

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Ganz kurz jetzt noch Herr Zimmermann und Herr Dr. Weiß. Wir müssten wirklich um halb elf – das wird langsam unhöflich gegenüber den Leuten, die wir selber einladen – zum Schluss kommen. – Ich würde das Angebot annehmen, dass Sie – Sie bekommen noch mal das Wort – die Fragen, die jetzt nicht behandelt werden, schriftlich beantworten. Das wäre, glaube ich, ein guter Kompromiss. Der Senat kommt auch noch an die Reihe. – Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): In aller Kürze nur eine Zusatzfrage, weil Sie gesagt haben, Herr Oeller, dass Sie gern Fuß fassen möchten und die Kooperation mit den Diskotheken und Clubs brauchen. Bevor wir mit Herrn Goiny die Beweislast im Urheberrechtswahrnehmungsgesetz und die GEMA-Vermutung umkehren, ist meine Frage: Wären Sie bereit, auf alternative Erfassungssysteme und -modelle einzugehen, die von den Clubbetreibern vorgeschlagen werden, um das Black-Boxes-System zu ersetzen und stattdessen ein gängiges, akzeptables und funktionierendes System einzubauen? Wären Sie bereit, darüber mit den Clubs zu verhandeln?

Vorsitzende Martina Michels: Danke! – Herr Weiß!

Dr. Simon Weiß (PIRATEN): Ich bin auch kein Clubbetreiber, aber ich kann mir denken, wenn man jetzt irgendeinem wirtschaftlich arbeitenden Betrieb 10 Prozent der Bruttoumsätze wegnimmt, dass das zu wirtschaftlichen Problemen führen kann. Bei den wenigsten dürfte das nicht so sein. Die von Ihnen angesprochene Angemessenheitsregelung deckelt ja auch nur auf 10 Prozent der Umsätze, sichert also nur für den Fall ab, dass eine Veranstaltung nicht ausverkauft ist, und nicht für den Fall, dass möglicherweise 10 Prozent der Bruttoumsätze wegzunehmen dazu führt, dass man Verlust macht statt Gewinn. Das wird ja dadurch nicht gedeckelt, wenn ich das richtig verstanden habe.

Georg Oeller (GEMA): Noch mal: Es geht hier wirklich um 10 Prozent der Bruttokartenumsätze. Sie sagen die ganze Zeit „Bruttoumsätze“. Das macht einen Riesenunterschied.

Vorsitzende Martina Michels: Ich lasse jetzt keine Zwiesgespräche mehr zu. Sie erhalten gleich das Wort. – Herr Weiß, sind Sie fertig?

Dr. Simon Weiß (PIRATEN): Ich bin noch nicht fertig. Zwei Sachen, die erste habe ich eben schon angesprochen: Sie haben „Kartenumsätze“ gesagt, und in Ihrer eigenen Darstellung steht das anders. Ich habe das eben zitiert, ich kann das gern noch mal zitieren. Das geht es nicht nur um Eintrittskarten, sondern auch um sonstige Entgelte. Da geht es um alles, was direkt in die Finanzierung der Veranstaltung einfließt. Da geht es um Spenden, um Werbeeinnahmen, um Sponsoring.

Vorsitzende Martina Michels: Das steht im Wortprotokoll. Herr Dr. Weiß, bitte! – Gut, dann hat jetzt Herr Dr. Meng das Wort, und dann bekommt Herr Oeller noch mal abschließend das Wort. – Bitte!

Staatssekretär Dr. Richard Meng (SKzl): Ich möchte nur in wenigen Sätzen skizzieren, wie die Haltung des Senats, der Landesregierung, in dieser Sache ist. Es gibt ja schon einen Briefwechsel aus der früheren Zeit des Jahres, der aus unserer Sicht noch lange nicht ausreichend ist. Das war nämlich der Verweis der GEMA darauf, dass es das Schiedsverfahren gibt und noch keine substanziellen Angebote, wie man eine Lösung findet. Wir wollen einen fairen Ausgleich, und wir appellieren immer wieder an die GEMA, aber natürlich auch an die Clubbetreiber, konkrete Vorschläge zu machen. Es ist auch eine Aufgabe derer, die sagen, Ihr Vorschlag sei nicht in Ordnung, zu sagen, was man tun könnte. Richtig! Aber es ist, da Sie den Vorschlag gemacht haben, auch an Ihnen, Wege zu einem Konsens zu öffnen.

Wir erwarten ganz eindringlich, dass hier nicht ein Spiel gemacht wird, wo man am Ende versucht, vor Gericht das Maximale durchzudrücken, sondern im Interesse der gesamten Konstruktion der Verwertung von Rechten deutlich wird, dass hier etwas stattfindet, was eigentlich auch dem Allgemeinwohl dienen muss und nicht nur eine Lobbyaktion ist. Das bedeutet, dass deutlicher werden muss, wo die GEMA Brücken sieht, über die alle Beteiligten gehen können. Hier geht es um eine Konsenssuche. Das wird uns bisher noch nicht deutlich genug, und das wollte ich hier noch mal deutlich machen. Das Ziel kann nur eine Einigung sein, alles andere wäre auch politisch nicht akzeptabel, wenn wir den Eindruck hätten, hier würde nur Lobbypolitik betrieben. Wir werden das sehr aufmerksam weiter begleiten. Der Regierende Bürgermeister führt Gespräche. Wir sind dabei, uns immer wieder in die Debatte einzumischen. Wir wünschen uns von allen Seiten, dass das auch erkennbar wird, dass sich etwas bewegt. Ich habe den 1. April mehrfach gehört. Insofern habe ich die Hoffnung oder die Perspektive, dass wir hier nicht vollendete Tatsachen und nur noch Juristen sprechen lassen, sondern das endlich ein Prozess in Gang kommt. Wenn das Konzept zu einfach geschnitzt ist, nicht differenziert genug ist, muss es differenzierter werden, sodass am Ende eine faire Lösung steht.

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Abschließend, Herr Oeller. – Bitte schön!

Georg Oeller (GEMA): Noch einmal, damit das klar ist: Wir verhandeln mit vielen Gesamtvertragspartnern. Wir verhandeln auch mit der Club Commission, mit der LiveKomm am 18. September. Es ist in den kommenden Wochen eine ganze Reihe von Verhandlungen angesetzt, mit der Bundesvereinigung Anfang Oktober, wo wir versuchen und immer wieder die Gegenseite bitten, zu sagen: Wo sind die Branchenspezifika, die es rechtfertigen, dass die Sachverhalte anders zu regeln sind, als in anderen Bereichen? Das ist unser Anliegen, und das bieten wir an der Stelle allen an. Beinharte Lobbypolitik kommt da eher von der anderen Seite.

Was die Verteilung betrifft, noch mal zur Klarstellung: Sie können es Playlist nennen, Sie können es Musikfolge nennen oder wie auch immer. Wir verarbeiten als GEMA 400 000 Musikfolgen im Aufführungsbereich; bei den Sendern sowieso, da haben wir sowieso die Programmfolgen. Noch einmal: Unabhängig von Rang und Namen bekommt derjenige, der gespielt wird, sein Geld, abhängig von der Frage: Hat er dieses Werk geschaffen? Es gibt verschiedene Beteiligte – das nur als Hintergrund –, deswegen ist nie alles Hundert, sondern es gibt – das wissen Sie ja – unterschiedliche Beteiligte an einem geschaffenen Werk. Das ist mir ganz wichtig.

Zu dem Thema Bruttokartenumsätze: Sie kennen mittlerweile bestimmt den eigenen Report der Berliner Clubszene über ihre wirtschaftliche Situation. Die Bruttokartenumsätze sind knapp 20 Prozent der Einnahmen insgesamt. 80 Prozent werden aus Gastronomie und anderem gemacht. Noch einmal der Hinweis: Am Ende des Tages reden wir hier über 1,7 Prozent GEMA-Gebühren vom Gesamtumsatz. Wir müssen die Dinge hier auch noch mal relativieren, denn nur über den Anteil der Bruttokartenumsätze und nicht über die 80 Prozent, die mit anderen Bereichen verdient werden – Ich bitte auch darum, die Musiknutzung in einer Diskothek oder einem Club nicht mit den Reinigungsleuten usw. gleichzusetzen, sondern: Ohne Musik findet in Clubs gar nichts statt. Dieses Selbstvertrauen hat die GEMA schon, das sagen zu können. An der Stelle wollen wir auch den entsprechenden Respekt. Sie sind nicht irgendein Kalkulationsposten Hundert, sondern man muss mit uns verhandeln, mit uns sprechen,

und das ist auch mein Schlusswort: Wir wollen die gesamte Musikszene in Deutschland unterstützen. Dazu sind wir da, um diese Szene zu unterstützen. Wir sind auch dazu da, auf der gleichen Seite, das ist die Doppelaufgabe der GEMA, den Markt möglich zu machen und auf der anderen Seite die Mitglieder in ihren Ansprüchen zu befriedigen, denn wir reden hier über den Arbeitslohn unserer Mitglieder und nichts anderes, wenn ich das auch mal sagen darf. Die „Gebühr“ ist das falsche Wort. Wir reden über urheberrechtliche Vergütungen. Das ist der Arbeitslohn unserer Mitglieder und nicht nur der Arbeitslohn der Clubbetreiber.

Vorsitzende Martina Michels: Herzlichen Dank! – Gibt es noch eine Notwendigkeit, hat jemand noch das dringende Bedürfnis etwas zu sagen oder fragen? Wenn das nicht der Fall ist, danke ich Ihnen ganz herzlich, Herr Oeller und Frau Ruhfus. Dass das keine leichte Aufgabe ist, stand auch schon vor der Besprechung fest, aber uns war es noch einmal wichtig, den weiteren Prozess mit auf den Weg zu geben, welche Ansicht aus der Berliner Politik für Ihre Arbeit vielleicht von Relevanz ist. Ich nehme das Angebot gerne an. Wir warten dann auf Ihre schriftlichen Antworten.

Georg Oeller (GEMA): Ich habe die Fragen stichpunktartig mitgeschrieben. Wir würden dann die Fragen aus unserer Perspektive – – Oder sollen wir auf das Wortprotokoll warten?

Vorsitzende Martina Michels: Wir versuchen, das Wortprotokoll zu beschleunigen. Das würde eine ganze Menge erleichtern. Niemand erwartet, dass Sie uns morgen schon die Antworten geben. So viel Zeit muss sein. Herzlichen Dank! Viel Erfolg auch im Interesse der Kulturlandschaft von Berlin.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berlinale – Rückblick und Ausblick
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0036](#)
EuroBundMed

Hierzu: Anhörung

Wir leiten gleich über. Wir haben ihn alle gesehen, unser langjähriger Freund, Dieter Kosslick, ist eingetroffen. Ich hoffe, der Kaffee hat geschmeckt und es hat Sie nicht ganz so gestört, dass wir etwas länger benötigt haben. Aber bei einem so wichtigen Thema mit der GEMA gibt es so viele Fragen. Insofern, lieber Herr Kosslick, nehmen Sie bitte hier vorne Platz, dann können wir gleich überleiten. Alle Jahre wieder, Herr Kosslick, freuen wir uns, Sie zu sehen. Es ist uns immer ein Bedürfnis, am Ende der Berlinale mit Ihnen nicht nur zu plaudern, sondern auch schon einen Ausblick auf die nächsten Ereignisse werfen zu können. Insofern bekommen Sie sofort das Wort, und wir lauschen Ihren Ausführungen. Wir haben alle zur Kenntnis genommen, dass auch die diesjährige Berlinale ein Erfolg war, aber das werden Sie sicherlich, wie wir Sie kennen, anschaulich dokumentieren. – Bitte schön, Herr Kosslick, und herzlich willkommen!

Dieter Kosslick (Leiter der Berlinale): Herzlichen Dank! – Ich habe völliges Verständnis für Copyright Fragen. Das ist bei uns auch ein Problem. Wir arbeiten normalerweise als Club auf Rechnung. Deswegen könnte man sogar bei der Steuerbehörde nachprüfen, wie viel wir ver-

kaufen. Das würde dann natürlich auch die GEMA interessieren. Die ist ja auch immer darauf angewiesen, was geschätzt wird, wie viel man trinkt in diesen Clubs, und das sind nur 17 Prozent der Clubs. Das ist nur der Eintritt. Die restlichen 83 Prozent sind Getränketheke. Das darf ich mal als alter Rockmusiker sagen, der ich 20 Jahre war. Wenn man das mal hochrechnet, ist die GEMA natürlich sehr preiswert. Aber das ist nicht mein Thema. Übrigens, wenn ich hier weiterrede, stehe ich auf der falschen Seite, um das einmal klar zu machen.

Ich habe mich natürlich gefreut, dass ich das heute wieder machen darf und habe mir überlegt, ob ich jetzt gleich das Ergebnis der nächsten Berlinale verkünden soll. – [Vorsitzende Martina Michels: Tun Sie uns das nicht an, sonst müssen wir ja im nächsten Jahr darauf verzichten!] – Die ist bestimmt auch erfolgreich. Es stimmt, es hat tatsächlich gut funktioniert. Ich will mal einen kleinen Eindruck geben. Ich war gerade in Venedig auf dem Filmfestival. Darüber hat man ja auch sehr viel gelesen. Das Interessante ist: Laut Schätzung, die wir in der Presse gelesen haben, hatte Venedig 2 000 Fachbesucher und 3 500 Journalisten. Was immer das bedeuten mag, kann ich nicht so richtig sagen. Wir haben 21 000 Fachbesucher, von denen sind 4 000 Journalisten. Das bedeutet, dass man immer weniger Leute für ein Filmfestival braucht, aber immer mehr Journalisten. Das hängt damit zusammen, dass eigentlich niemand mehr daran interessiert ist, was dort eigentlich abläuft, sondern nur noch, wer über den roten Teppich läuft. Ich hatte das in den letzten Jahren schon mal angemerkt, auch als medienkritisches Element, dass das eine bedrohliche Veranstaltung ist. Man kann das jetzt mal sehen, was bei einem Festival, das vor zwei, drei Jahren in Zürich aus dem Boden gestampft worden ist, abläuft. Das Filmfestival Zürich wirbt auf riesigen digitalen Anzeigen, wenn man zum Flughafen fährt. Das hat es vor drei Jahren noch nicht gegeben. Die ehren aber Richard Gere, und alle werden nur Richard Gere sehen, und niemand wird den Film sehen, in dem er spielt. Ich habe ihn z. B. gesehen. Wir haben Richard Gere nicht geehrt.

Die Frage, die sich hier stellt, ist: Was ist das eigentlich noch mit diesen Filmfestivals? Sind das nur noch Popanzveranstaltungen für den roten Teppich, oder steckt da noch etwas dahinter? Werden die Programme überhaupt noch kuratiert, die dort laufen, oder macht man einfach etwas, um eine Woche Aufmerksamkeit in den entsprechenden Medien zu bekommen, die wir alle vom Zahnarzt und sonstigen Räumen kennen, wo man krank hinget und sich da eine Stunde erheitert, bis man drankommt? In diesen Medien ist man dann natürlich stark vertreten. Das wissen wir. Es sieht ja auch schön aus. Auch ich sehe da schön aus ab und zu, wenn ich da abgedruckt werde, was in der Wirklichkeit ja gar nicht so ist.

Bei der Berlinale war wieder etwas verwunderlich. Wir haben natürlich rechtzeitig zur Eröffnung von Venedig bekannt gegeben, wer unser Jurypräsident ist. Das ist ein übles Spiel, das wir alle gegeneinander spielen. Das macht Cannes mit uns auch. Kaum haben wir etwas Positives zu melden, melden die schon den nächsten Jurypräsidenten. Wir haben gemeldet, dass es Wong Kar Wai ist. Das ist der Mann mit der Sonnenbrille, chinesischer Regisseur aus Hongkong. Um einmal die Relevanz einer solchen Meldung oder Entscheidung zu nennen: Wir hatten innerhalb von einer Woche – wahrscheinlich sind auch hier diese Piraten, ich kenne die nicht und weiß nicht, wie die aussehen – 254 000 Aufrufe bei der Google-Suche, ich weiß nicht, wie man das genau beziffert, ohne weitere Konnotationen, also nicht das, was gerade durch Presse läuft. Wenn man einen Namen aufruft, ist der konnotiert. Wir hatten nur Wong Kar Wai, Berlinale aufgerufen. 254 000 haben das in kurzer Geschwindigkeit gemacht. Das heißt, es besteht offensichtlich doch noch ein großes Interesse daran, was da passiert und vor allen Dingen auch an einer Person wie Wong Kar Wai, der mit seiner Sonnenbrille zwar inte-

ressant aussieht, aber doch auch substantiell sehr gute Filme gemacht hat und eigentlich der Vertreter des neuen chinesischen Kinos bis jetzt war.

Ansonsten ist die Berlinale gut zu Ende gegangen. Ich habe nicht vor, einen langen Vortrag über Statistiken zu halten, ich habe Ihnen die Statistik mitgebracht. Sie ist wahrscheinlich schon verteilt worden. Sie ist aus unserem internen Geschäftsbericht. Da sind alle Zahlen enthalten, die es zur Berlinale gibt. Die interessanten Zahlen, um die Relevanz des Festivals vielleicht zu untermauern, befinden sich gleich am Anfang. 450 000 Mal sind Leute in zehn Tagen ins Kino gegangen. Davon haben sich 300 000 eine Karte gekauft. Das ist auch interessant. Wenn man umsonst ins Kino darf, gehen sehr viele. Das ist auch bei Filmfestivals so, und je mehr man umsonst die Ausweise verteilt, je mehr Besucher hat man. Wir haben das zwischen Besuchen im Kino, das finden Sie ganz oben, 444 000, und verkauften Tickets, das sind 300 000, unterschieden. Auch diese Zahl, das muss ich wie jedes Jahr, das ist extrem langweilig, sagen, ist wieder ein Honecker-Ergebnis. 99,9 Prozent der Tickets wurden verkauft.

Interessant in diesem Zusammenhang, wenn man in die Details geht, ist, dass unser Filmmarkt, der sowohl im Gropiusbau stattfindet als auch in einigen Hotels, im Marriott Hotel, aber auch hier in diesem Haus – noch mal vielen Dank, dass wir die Räume haben durften –, wo auch unser Koproduktionsmarkt und andere Dinge stattfinden, noch mal um 11, 12 Prozent gestiegen ist. Wir sind jetzt tatsächlich der zweitgrößte Filmmarkt – ich komme am Ende noch mal darauf – der Welt, leider nach Cannes. Das werden wir auch nicht erreichen, weil 7 000 Quadratmeter, die wir zur Verfügung haben, nicht ausreichen. Cannes hat 12 000 Quadratmeter. Da kommen wir wahrscheinlich nicht hin. Aber die Zahl der Messebesucher bei uns und der Verkäufer und Einkäufer steigt ständig. Die gehen alle in die Hotels. Wir haben auch mit den Hotels Abmachungen. Wir haben z. B. das halbe Marriott gemietet und bieten das dann weiter. Diese wirtschaftliche Komponente wird in Zukunft bei diesen Filmfestivals dieser Größe überhaupt das Rückrat sein.

Der kulturelle Teil des Festivals, und das konnte man dieses Jahr sehen, wird sich wahrscheinlich in die Richtung entwickeln, die die meisten Journalisten und hoffentlich auch die Zuschauer freut. Es werden wahrscheinlich im Wettbewerb dieser großen Festivals nicht so sehr die Roten-Teppich-Filme – – Das hat man auch in Venedig wieder gesehen, es haben nicht die Roten-Teppich-Filme gewonnen, sondern die kleinen. Da hat Kim Ki-duk, der schon dreimal bei der Berlinale war, ein koreanischer Filmemacher, gewonnen. Es wird sich spalten, und es wird wieder anspruchsvolle Filmkunst in die Filmtheater kommen. Auf der anderen Seite werden die Märkte immer wichtiger, denn ohne die Märkte werden wir diese großen Filme nicht mehr bekommen. Die Zuschauer bekommen wir fast immer oder werden wir eine Zeit lang bekommen, aber wir bekommen nicht mehr die wirtschaftlichen Komponenten bezahlt, die mit der Präsentation solcher Filme zusammenhängen. Für die, die das nicht kennen, muss man mal über den Daumen peilen: So ein Star auf dem roten Teppich kostet für die 30 Minuten ungefähr zwischen 300 000 Euro und 500 000 Euro. Das ist ein gigantisches Investitionsvolumen. Wenn wir das bezahlen müssten, dann wären wir nach der Eröffnung am Donnerstag, wenn alle aufwachen würden und hoffentlich ohne Kopfschmerzen, am Samstag Abend pleite und müssten das Festival schließen. Das könnten wir gar nicht zahlen. Das sind Millionenbeträge. Wir bezahlen ja nichts. Wir bezahlen die Stars nicht. Wir bezahlen diese Auftritte nicht. Das lohnt sich natürlich für die Firmen nur, wenn sie diese 3 000 bis

4 000 Journalisten haben, um dieses Marketing zu machen und wenn es einen Markt gibt, wo man diese Filme verkaufen kann. Das ist das Erfreuliche, dass dieser Markt nach oben geht.

Diese Filmmärkte, die quasi parallel zu Filmfestivals laufen, werden immer wichtiger. Das hat man jetzt auch in Venedig gesehen. Die haben aus dem Boden heraus einen Filmmarkt gestampft. Es wurde zwar nichts verkauft, aber es sah gut aus. Ich frage mich, mit welchem Geld, denn die haben die Leute mit Ehefrau und Freundin eingeflogen. Sie haben ihnen auch Hotelzimmer gegeben, und da saßen die herum. Die Russen haben das Buffet bezahlt, und das Gleiche wird in zwei Monaten in Rom passieren, wo es ein neues großes Filmfestival gibt. Es wird alles vom Staat bezahlt. Ich hoffe, dass auch Deutschland bald unter den Rettungsschirm kommt, denn da bekommt man offensichtlich mehr Geld für die Kultur. Sie müssen sich mal vorstellen, in Venedig hat man gerade einen Etat von 14 Millionen Euro aufgerufen, in Rom für ein Stadtfestival immerhin noch 12 Millionen Euro. Ich frage mich, woher diese Kohle kommt. Wir haben 7 Millionen Euro Steuergeld. Ich frage mich, woher das Geld kommt, es sind doch alles diese Pleiteländer. Vielleicht sind wir auch bald Pleite, dann geht es der Berlinale finanziell besser. Das steht heute in der Zeitung. Den Rettungsschirm kann man ja auch so in Anspruch nehmen. Man muss ja nicht sparen. Das steht auf Seite 1 des „Tagesspiegel“. Das zur Marktkomponente und zum Festival.

Wichtig ist aber für uns in diesem Jahr noch etwas anderes gewesen, was auch wieder zu dieser hohen Zuschauerzahl geführt hat. Wichtig ist natürlich, dass wir die Kinos auslasten und dass wir solche Veranstaltungen machen wie im Friedrichstadtpalast, der sich so eingebürgert hat, dass wir uns den gar nicht mehr wegdenken können. Dieses Jahr hatten wir auch noch ein neues Kino kreiert, und zwar haben wir ein Kino in das neue Festspielhaus in der Schaperstraße gebaut, also quasi unsere Schwesterfirma, wo wir sehr anspruchsvolle Filme gezeigt haben, den gesamten arabischen Frühling, alle diese Filme, die die ganzen Demonstrationen dokumentiert haben, mit vielen Diskussionen. Das war vom ersten bis zum letzten Tag ausverkauft, also auch sehr interessant. Das waren weniger Roter-Teppich-Filme. Wir hatten, wie sich vielleicht die Älteren unter uns noch erinnern, z. B. Angelina Jolie, die dort auch einen Film präsentiert hat. Ansonsten haben wir sehr anspruchsvolle Dokumentarfilme gezeigt, und das Kino war vom Anfang bis zum Ende voll, was uns gute Hoffnung gibt, dass wir im Jahr 2014, wenn dann der Zoopalast endlich fertig ist, tatsächlich ein neues Kinokonzept für Berlin machen können. Das bedeutet dann, dass wir wieder im Zoopalast, im Delphi und im Kant-Kino spielen, aber auch im früheren Osten, z. B. im International und im Kolosseum am Prenzlauer Berg. Das ist unser Kinokonzept für 2014.

Ein Höhepunkt – ich weiß nicht, wer dabei war – war Meryl Streep, das war ein großartiges Ereignis, die wir hier geehrt haben. Ansonsten sind alle Elemente, die wir eingeführt haben, in der Zwischenzeit schon fast zehn Jahre alt: der Talent Campus. In der Zwischenzeit waren fast 5 000 junge Leute in Berlin. Wir haben auch dieses Jahr wieder ungefähr 40 Filme von diesen Filmemachern der letzten zehn Jahre im Berlinaleprogramm gehabt. Wir haben uns auch wieder politisch gegen das System im Iran engagiert, wo wir uns traditionell mit den dortigen Filmemachern „in Solidarität üben“.

Wenn Sie die Zahlen sehen, dann will ich das mal so zusammenfassen, und zwar nicht die kulturellen Dimensionen, darüber können wir gleich noch reden, das ist das, warum wir das machen, aber wenn wir die wirtschaftlichen Dimensionen sehen, gibt es wieder eine Studie der Investitionsbank Berlin, die das nicht für uns, sondern für sich macht, im Kreativbereich.

Da ist es doch interessant, dass durch die Berlinale des letzten Jahres 122 Millionen Euro zusätzliche Wirtschaftsleistungen und 370 Jobs für Berlin geschaffen oder kreiert worden sind. Die Einnahmen des Senats von Berlin, auch der Stadt, also Sie hier, Sie haben 17 Millionen Euro von der Berlinale an Steuern bekommen, was bei einer Investition von 25 000 Euro für den Eröffnungsempfang ein echtes Schnäppchen ist. Da kann man sich also nicht beklagen. Da kommt in der Rentabilitätsberechnung kein Flughafen der Welt mit. Übrigens 70 Prozent unserer Tätigkeit der Beschäftigungseffekte sind im Dienstleistungsbereich, 30 Prozent im produzierenden Bereich. Das ist auch deshalb interessant, weil das bedeutet, dass tatsächlich viel zusätzliches Geld in die Stadt fließt. Wir wissen das natürlich von anderen Events, die es gibt. Die Berlinale dürfte aber mit großem Abstand ein Event sein, das viele positive finanzielle Auswirkungen hat.

Wie geht es weiter? – und damit ist für mich die Schlussrunde eingeleitet. – Wir sind dabei, das Programm für 2013 zu machen. Wir haben nach wie vor die große Schwierigkeit, die großen Starfilme zu bekommen. Das Schlimme ist immer, man merkt es bei der Berlinale nicht, dass wir Schwierigkeiten haben, denn am Ende sind sie dann doch da. Wir haben eine negative Entwicklung zu verkraften, und die können wir auch nicht wieder zurückdrehen, das ist die Vorverlegung des Oscars. Das bedeutet, dass diese Filme – die laufen im Moment alle in Toronto beim Filmfestival –, die früher bei der Berlinale gelaufen sind, um für einen Oscar nominiert zu werden, auf anderen Festivals laufen und nicht mehr bei uns. Wir sind zu eng an diesem Termin. Er wird zwar nicht vorverlegt, wie wir immer noch Angst hatten, aber er bleibt einfach drei Wochen nach der Eröffnung der Berlinale. Das macht uns große Schwierigkeiten, diese Roter-Teppich-Filme zu bekommen. Wir müssen mindestens zwei Roter-Teppich-Filme pro Tag im Palast präsentieren. Das sind dann 20 dieser Filme. Das ist nicht wenig. Die großen Filmfirmen, die die großen Filme produzieren, produzieren immer weniger. Wer von Ihnen ins Kino geht, hat vielleicht bemerkt, dass es eigentlich immer weniger Filme gibt, aber immer mehr die Gleichen. Es gibt immer diesen Typ, der die Häuser hochklettert und dann wieder herunter, Spiderman, Batman, also alle „Man“, Frauenfilme gibt es offensichtlich nicht in Hollywood. Von allen, die einmal Geld gemacht haben, werden natürlich Sequels gemacht, und die anderen Filme, die risikohaft sind, die wir auch oft gespielt haben, werden weniger produziert. Ob es logisch ist, weiß ich nicht, aber es ist im Moment so. Das macht etwas Schwierigkeiten.

Wo sind die negativen Seiten für uns? – Es ist so, dass wir eine stabile wirtschaftliche Basis haben. Die Berlinale kostet zwischen 21 und 22 Millionen Euro, 7 Millionen Euro öffentliches Geld, den Rest erwirtschaften wir. Das Problem für uns ist, dass wir wahrscheinlich die Preise um 1 Euro erhöhen müssen, um unseren Etat im Vorhinein auszugleichen. Im Nachhinein ist er bei uns immer ausgeglichen, aber dann kommen die Tarifsteigerungen, die wir aus unserem Programmetat bezahlen müssen, bis auf die Festangestellten, aber die Berlinale hat nur 12,5 Stellen, alle anderen sind frei. Die Tarifsteigerungen, die jetzt kommen, sind groß und müssen wir aus dem Programmetat bezahlen. Wir unterliegen dem kompletten Digitalisierungswahnsinn dieser Welt. Wir müssen jedes Jahr zwischen 500 000 Euro und 1 Millionen Euro versenken, um überhaupt mit Saturn in der Elektroabteilung mithalten zu können. Das haben wir leider nicht als Investitionsausgleich, sondern das müssen wir auch aus dem Programmetat nehmen, und zusätzlich kommen auch noch Erhöhungen von Kinos, die die Kinomiete erhöhen. Da gibt es eine ganz komplizierte Diskussion, die ich nicht in aller Tiefenschärfe führen will, aber ich weiß, dass es auch von der Stadt unterstützte Programmkinos gibt. Das betrifft auch Sie. – [Zuruf] – Nein, so meine ich das nicht. Das Babylon sehe ich

nicht von der Stadt unterstützt, sondern von der Stadt betrieben. Mit „unterstützt“ meine ich solche Kinos wie das Delphi oder das International, die über die Miete, wenn sie der Liegenschaft gehört, Vorteile haben. Die müssen jedenfalls auch die Miete erhöhen, denn sie müssen auch Kostensteigerungen weitergeben. Deshalb müssen wir da auch mehr investieren und werden wahrscheinlich die Preise um 1 Euro erhöhen. Das finden die Kinobesitzer gar nicht so schlecht, denn sie finden, dass wir viel zu niedrige Preise haben. Wir verlangen bei der Berlinale zwischen 8 und 13 Euro, was extrem preiswert ist. In Venedig, deshalb war auch niemand im Saal, kostet eine Karte für den normalen Menschen, der immerhin da hinein kann, das ist ja auch schon mal gut, in Cannes kann niemand von den normalen Menschen rein, zwischen 34 und 42 Euro. Nun kann man sich vorstellen, der Cappuccino kostet 15 Euro in Venedig. Wenn man dann einen schlechten Film sieht, ist man schon mit 50 Euro dabei. Ich war natürlich in den Vorführungen, und die sind nahezu leer. Es ist endlos peinlich, aber das hat mit uns gar nichts zu tun. Wir haben Preise, die liegen zum Teil unter den Kinoeintrittspreisen, was natürlich die Kinobesitzer nicht gut finden, dass die Berlinale niedrigere Preise verlangt, als sie nach der Berlinale für denselben Film aufrufen. Deshalb wird das nicht so schlimm sein, aber schade ist es trotzdem, dass wir das machen müssen, um das auszugleichen, aber wir können diese Preissteigerung nicht mehr auffangen. Ich will jetzt aber nicht mit dem Geld enden. Das ist etwas, was gelöst werden muss. Das betrifft alle Kulturbetriebe.

Wir alle, das wissen Sie besser als ich, weil Sie einen größeren Überblick haben, befinden uns auf dem Weg zur Staatsoper. Das bedeutet, 98 Prozent aller Gelder, die zur Verfügung stehen, gehen in die Kostüme, in die Gehälter, in die Tarifierhöhungen, ins Intendantengehalt, und 2 Prozent gehen ins Programm. Dahin läuft es mit der Kultur. Das betrifft nicht nur uns, sondern es wird immer aus der Substanz, aus dem Programmetat das Geld genommen, um dann einen ausgeglichenen Etat zu haben. Das müsste Ihnen eigentlich auch schon mal vorgekommen sein, denn das betrifft auch die Festspiele. Bei uns z. B. betrifft es die Festspiele, das Haus der Kulturen der Welt, wo ich jetzt einen etwas besseren Einblick habe. Darauf gehen wir leider auch zu. Wenn wir im wirtschaftlichen Bereich, in Sachen Markt und Messe, konkurrenzfähig bleiben wollen, dann werde ich mal hier vorbeikommen und auch die Stadt Berlin bitten, sich im Rahmen ihres gigantischen Messeprogramms zu engagieren.

Wir machen nichts anderes als die Messe, nur kleiner. Da könnte man noch etwas für uns tun. Ansonsten geht es ganz gut.

Vorsitzende Martina Michels: Das ist wunderbar. Herzlichen Dank! – Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Man kann es wie jedes Jahr relativ kurz machen. Herr Kosslick! Erst einmal vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, hier heute vorbeizuschauen und uns Bericht zu erstatten. Es ist eine schöne Reihe, wenn man – dadurch dass wir in den letzten Jahren immer Wortprotokolle hatten – Ihre Vorträge nachliest. Die könnte man irgendwann in Form eines kleinen Büchleins herausgeben. Dann hat man eine Form von Dokumentation über die Geschichte der Berlinale der ganz eigenen Art. Insofern an dieser Stelle nochmals vielen Dank!

Wir nehmen wieder einige Anregungen mit und sehen, dass die Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Finanzierung immer eine Rolle spielen, aber möglicherweise von uns stärker begleitet werden müssen. Ich finde die Betrachtung richtig, dass Sie sagen, das sei die Filmmesse der Stadt Berlin, nicht ausgerichtet von der Messengesellschaft, sondern von der Berlinale – [Dieter Kosslick: In Kooperation mit der Messengesellschaft!] – in Kooperation, genau –, und das ist für uns als Wirtschaftsfaktor von Bedeutung und holt auf wunderbare Weise die Künstler und Kreative in diese Stadt. Ich finde es gut, dass Sie es fortgesetzt haben, die Berlinale weiter in die Stadt zu tragen mit den Programmkinos, die Sie beteiligen, mit einer Vielzahl von weiteren Aktivitäten. Dass wir als Parlament auch Gastgeber sein können, freut uns besonders. Ich will von unserer Seite betonen, dass das sehr schön ist, weil es dieses Filmfestival in dieser Stadt erlebbar macht und sich die Menschen diese Filme angucken können. Dass wir im Zeitalter der medialen Schlagzeilenhascherei rote Teppiche und Stars brauchen und immer geguckt wird, was Herr Kosslick vielleicht dieses Mal falsch gemacht hat, ist das Geschäft. – [Zuruf] – Die gucken ja nur, ob Sie was falsch gemacht haben. Ich wollte gerade sagen: Gefunden haben sie, glaube ich, nichts. – Ich finde es gut, dass Sie selbstkritisch nachschauen, was man besser machen oder anders machen kann. Die Unterstützung des Hauses, zumindest von unserer Fraktion und von Regierungsseite für diese Veranstaltung ist unerschütterlich, und insofern, um es kurz zu machen: Weiter viel Erfolg!

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Herr Gelbhaar!

Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Dem kann man sich im Wesentlichen anschließen. Auch von unserer Seite aus vielen Dank für das Kommen, vielen Dank für die sehr humorige Darstellung dessen, was ist und dessen, was kommt! Sie haben ein, zwei Punkte angedeutet, wo es ein bisschen kritisch ist, gerade andere Filmfestspiele und die Förderung derselbigen. Da hat sich mir die Frage aufgedrängt, ob es dafür einen strukturellen Grund gibt. Sind die anders strukturiert? Ich habe mir die Berlinale angeschaut und nicht genau verstehen können, wie sich das einsortiert. Ist das ein Wirtschaftsunternehmen, oder ist das vom Bund etc. pp. abgeleitet? Das konnte ich mir nicht so ganz schnell herleiten. Resultieren daraus irgendwelche Wettbewerbsnachteile gegenüber Cannes, Rom etc. ? Das wäre für mich interessant, weil man daraus Schlussfolgerungen ziehen könnte. Insbesondere vor dem Hintergrund, wenn in Rom ein neues Filmfestival aus der Taufe gehoben und mit viel Geld ausgestattet wird, denke ich automatisch daran: Ist das eine Beihilfe? Ist das Wettbewerbsrecht? Muss die EU prüfen? Solche Gedanken kommen mir sofort in den Sinn. Bin ich da auf dem Irrweg? Wie schätzen Sie das ein, und welche Folgen hat das vielleicht in Bezug auf eine eigene Umstrukturierung,

denn von dem, was an Imagegewinn für Berlin – – Wir haben aktuell diverse Imageprobleme in Berlin, und das ist ein Highlight, mit dem wir weiter werben können, auch wenn es die Leute nicht leicht haben, hierher zu kommen. – Flughafenscherze gehen gerade immer. – [Zuruf: In Tegel sind wir die letzten 62 Jahre gut bedient worden. Ich mache darüber keine Scherze!] –

Wir haben gerade auf Bundesebene eine Debatte darüber angestoßen, wie das Filmförderungsgesetz zukünftig aussehen soll. Gibt es von Ihnen eine Einschätzung? Wo würden Sie sagen: Das sollte man berücksichtigen, wenn man das Thema sowieso anfasst? Das würde mich interessieren. Ansonsten haben Sie ein breites bürgerschaftliches Engagement weltweit angesprochen. Mir wurde mitgeteilt, dass Sie, gerade was Bäume angeht, so ein urgrünes Thema, sehr aktiv sind. Ist das eher international aufgestellt, oder haben Sie auch Berliner Spezifitäten? Die Prinzessinnengärten fallen mir da gleich ein.

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Herr Jahnke!

Frank Jahnke (SPD): Als Wirtschaftspolitiker will ich vor allen Dingen die wirtschaftspolitische Sicht der Berlinale näher beleuchten. Sie haben uns verdeutlicht, dass bei 7 Millionen Euro Zuschuss am Ende Steuereinnahmen für das Land Berlin von 17 Millionen Euro daraus resultieren. Insofern ist das für uns ein Geschäft.

Sie haben angedeutet, dass der Zuschuss, verglichen mit anderen, höher sein könnte. Was könnte zusätzlich laufen, gesetzt den Fall, man täte so etwas? Sie haben im Grunde Grenzen signalisiert, an die der Markt stößt, wenn immer dieselben Leute auf Häuser klettern und anschließend wieder herunterfliegen, und dass in der internationalen Filmwelt auch für die Berlinale Grenzen erreicht sein könnten. Könnten Sie hier etwas zu den Wachstumsperspektiven für unseren lokalen Markt sagen?

Da bin ich bei den Kinos. Selbstverständlich höre ich als Wahlkreisabgeordneter der City West gern, dass Sie den Zoo-Palast erwähnen und darauf warten, dass er auch wieder bei der Berlinale bespielt werden kann. Darauf warten wir alle, das ist eine wichtige Sache. Auch die Produktionsseite würde mich noch interessieren. Strahlt die Berlinale – wie schätzen Sie das ein? – auf den hiesigen Produktionsstandort Berlin-Brandenburg entscheidend aus? Spielt das eine Rolle? Wenn internationale Filme aus aller Welt hier gespielt werden, ist es eigentlich egal, wenn auch ein paar dabei sind, die aus Berlin-Brandenburg, aus Babelsberg oder anderswoher kommen.

Vorsitzende Martina Michels: Danke schön! – Für meine Fraktion Die Linke stehe ich auf der Redeliste und habe lediglich eine Frage. Sie haben beim letzten Mal im Vorblick gesagt, Schwerpunkt sei unter anderem der Jahrestag des Filmparks Potsdam-Babelsberg. Wir waren im vergangenen Jahr als Ausschuss dort, und Sie haben große Hoffnung darauf gesetzt. Können Sie zwei, drei Sätze dazu sagen, ob die Rechnung aufgegangen ist, und ob man da Wiederholungsmomente einbauen kann? – Herr Spies!

Alexander Spies (PIRATEN): Schönen Dank, Herr Kosslick! Als Vertreter einer neuen Fraktion im Haus hatte ich das erste Mal Gelegenheit, Ihren Vortrag zu erleben. Das hat mir Freude gemacht, und insgesamt macht die Berlinale große Freude. Sie ist ein wichtiger Bestandteil Berlins, und auch wenn alle Wege nach Rom führen, wie es heißt, wenn es um Film geht,

führen sie hauptsächlich nach Berlin. Ich glaube, das wird auch so bleiben. Das war nur eine Bemerkung zur Kulturförderung. Im Vergleich zur Europäischen Union gibt Deutschland das meiste Geld für Kulturförderung aus. Natürlich haben wir andere Strukturen. Wenn in Rom jetzt irgendeine Lobby ein Leuchtturmprojekt machen will, akquiriert es Geld. Wenn das zu hohen Förderungen sind, greifen die Richtlinien der Europäischen Union. Hier soll Wettbewerbsgleichheit hergestellt werden. Insofern habe ich nur die Frage: Was können wir vom Abgeordnetenhaus für Sie tun, um das Projekt zu unterstützen?

Vorsitzende Martina Michels: Herr Lehmann-Brauns!

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU): Herr Kosslick! Wenn man den Zuwachs an Reputation betrachtet, der seit Ihrer Leitung stattgefunden hat, fällt einem ein, wenn man die Filmfestspiele seit ein paar Jahrzehnten betrachtet, dass das gar nicht immer glatt war, und dass es Krisen und viele Abberufungen gab. Umso schöner ist es, dass es Ihnen gelungen ist, zu einem kulturpolitischen Leuchtturm zu kommen. Ich habe nur zwei schwierige Fragen. Wie sehen Sie das Niveau der Filmentwicklung insgesamt? Sehen Sie eine bestimmte inhaltliche Entwicklung des Festivals zu bestimmten Themen? Sie haben das Politische schon angedeutet.

Vorsitzende Martina Michels: Jetzt bekommen Sie noch mal das Wort, Herr Kosslick!

Dieter Kosslick (Berliner Filmfestspiele): Ich glaube, dass die Berlinale etwas Spezifisches ist. Ich rede jetzt über die elf Jahre, in denen ich der Direktor bin. Ich setzte nach wie vor auf Inhalte. Wir müssen natürlich einen roten Teppich haben, das ist überhaupt keine Frage. Ich sage auch nicht: Inhalte gegen roten Teppich – oder so etwas. Wir sind ein internationales A-Filmfestival. Ich sage, wir sind auf Platz vier der Rangliste. Andere Leute sagen, dass drei dazwischen fehlen, und wir wissen nicht, welche das sind, also je nachdem, wo wir uns befinden. Wir befinden uns auf jeden Fall vorn in der Weltspitze, wie man es im Sport sagt. Wir sind eines der drei großen Filmfestivals der Welt, damit sich niemand auf den Schlips getreten fühlt. Wir sind – unter uns, da Sie es nicht weiter sagen – das größte Filmfestival der Welt. Das heißt aber nicht, dass wir die Größten sind. Das sehen Sie an Venedig. In Venedig können Sie für 42 Euro ins Kino gehen und einen schlechten Film sehen. So kommen raus, drehen sich um, und sehen die schönste Stadt der Welt, und zwar im August. Wenn Sie in Berlin am 8. Februar um 24 Uhr bei minus 24 Grad am Potsdamer Platz aus einem schlechten Film kommen, dann überlasse ich Ihnen die Beurteilung dieser beiden Locations.

Für mich haben Sie die richtige Frage gestellt. Ich glaube, dass die Entscheidung getroffen wird, ob diese Mega-Events – Diese Entscheidung wird über die inhaltliche Komponente, was ein Festival insgesamt aussagt – nicht der einzelne Film – und über die wirtschaftliche Komponente, welche Geschäfte hier gemacht werden können, getroffen, und zwar in der Kombination. Einzeln wird das nicht gehen. Wir werden hier keine Fernsehmesse eröffnen können gegenüber Cannes, wo MIPCOM und MIPTV zweimal im Jahr gibt. Aber ich komme noch auf diesen Punkt, denn dort liegt ein Geschäftsfeld, wo wir tätig sein können.

Inhaltlich haben wir uns klar positioniert, ob mit Bäumen, mit Menschenrechten, oder ob wir uns vor sechs Jahren die Kritikerschelte reingezogen haben, weil wir das Kulinarische Kino eröffnet haben, und heute wissen wir, dass das eigentlich eine Initiative zur Verbesserung des Lebensmittelrechts war, und nicht gleich die Smileys in Pankow abschaffen. Unsere Sachen,

die wir alle erfunden haben, auch den Talent-Campus, um den Nachwuchs an die Berlinale zu binden, sind inhaltlich und ideologisch sinnvoll, je nachdem, wohin man schaut oder welche Philosophie man vertritt. Ich glaube, da sind wir ganz vorn.

In Venedig wurde dieser Markt eröffnet. Was haben sie noch eröffnet? – Einen Talent-Campus. Wir haben in der Zwischenzeit schon sechs Talent-Campus in der Welt. Wir betreiben einen in Tokio, einen in Durban, einen in Guadalajara – das ist in Mexiko –, einen Talent-Campus in Buenos Aires, einen in Sarajevo, und der sechste fällt mir gerade nicht ein. Wir sind schon längst mit unseren Initiativen weltweit vernetzt. In 14 Tagen wird es das Kulinarische Kino in San Sebastián geben. Die haben schon immer gern gut gegessen, aber darum geht es nicht, sondern es geht um die verbrecherischen Tätigkeiten unserer Lebensmittelindustrie und um diese Schweinereien, die dem Verbraucher täglich zugemutet werden. Das müssen wir aufklären, weil in der Lebensmittelindustrie derselbe Vorgang stattfindet wie in der Wirtschaft und in der Filmwirtschaft. Auch hier geht es, anders als bei der GEMA, um Copyrightfragen. Firmen wie Monsanto, die in der Welt versuchen, die Copyrights für die Lebensmittel zu bekommen, sind verantwortlich für die 1 Milliarde Menschen, die hungern. Wenn Sie gestern Arte geguckt und gesehen haben, was Nestlé in Nigeria macht, dass die Regierung so korrupt ist, das Wasser in den Slums zu versuchen, und dann kommt Nestlé und verkauft ihnen sauberes Wasser, was ja eine gute Sache ist, sonst stirbt man. Aber das kostet Geld, das müssen sie bezahlen, aber die haben kein Geld. Das machen wir zum Beispiel mit dem Kulinarischen Kino neben dem Sternekokocher, auch, was es bedeutet, dass Vegetarier keine Spaßbremsen sind, sondern Leute, die Fleisch essen, sind viel langsamer im Lachen, weil die viel mehr verdauen müssen. Aber das ist eine andere Diskussion. Ich will nur sagen, dass das meine Meinung ist.

Über das Niveau ist es schwierig zu streiten. Welches Niveau? Wir versuchen – ich sage es mal ganz vorsichtig –, das Niveau der Berlinale zu halten. Das ist nicht immer ganz einfach, weil man Entscheidungen treffen muss, die gegen einen selbst gehen. Wenn ich mich entscheide, einen Film trotz drei großer Stars nicht zu nehmen, bedeutet das für mich: ein roter Teppich am Abend, und das interessiert keinen Menschen. Wer weiß das denn? – Das weiß niemand, denn niemand hat diesen Film gesehen. Das finde ich ja immer so komisch, wenn wir unser Programm veröffentlichen und niemand hat den Film gesehen, dann heißt es immer: Was für ein Schwachsinn. – Dann kann ich nur sagen: Hättet ihr mal die Filme gesehen, die wir vorher sahen und nicht genommen haben. Bei 6 300 Filmen kommt es schon mal vor, dass einer schiefgeht. So viele werden zu jeder Berlinale eingereicht. Wenn wir die alle zeigen würden, wären das 14 Jahre Berlinale, ohne dass ich einen Finger rühre. Ich könnte mich ins Bett legen und mit 83 wieder kommen, und dann müsste ich wieder einen neuen Film aussuchen. 6 300 Filme werden jährlich bei der Berlinale eingereicht. Wir zeigen 400 – das können Sie dieser Statistik entnehmen –, und wir schauen sie uns alle an. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wie wir das machen, aber wir machen das. Es könnte ja etwas dabei sein. Insofern achten wir auf das Niveau. Ohne Niveau ist staatliche Förderung gerade in Zeiten wie jetzt nicht gerechtfertigt.

Ich würde gern sagen, warum ich es wichtig finde, dass es überhaupt Kultur in diesem Sinne gibt, wie wir sie betreiben. Wir machen zehn Tage lang Programm mit Vertretern aus 130 Ländern. Es gibt auf der Welt 189 – je nachdem, was heute in Ex-Jugoslawien wieder passiert ist, vielleicht 190 – verschiedene Länder. In diesen Ländern, wenn Sie Europa anschauen, in diesem ökonomischen Desaster, was die Banken und die Politik wahrscheinlich

auch angerichtet haben, entsteht genau das, was mit Europa hätte verhindert werden sollen. Ich rede jetzt nicht über die wirtschaftlichen Komponenten von Europa, sondern über Toleranz und Akzeptanz. Ich glaube, dass die Rolle der Kultur in der Zukunft die wichtigste Rolle überhaupt ist, um zum Beispiel diese ganzen Vorurteile wieder abzubauen. Ich reise im Moment nach Athen und ich weiß nicht, wohin, um denen zu sagen, dass wir in gemeinsamer kultureller Solidarität stehen, dass wir etwas zusammen machen und dass wir nicht das Desaster angerichtet haben, sondern dass wir als Kultur dafür gesorgt haben – man sieht es, wenn ich Tourismus auch als kulturelle Auswägung haben kann, an einer Stadt wie Berlin, wo Berlinale, Musikfestival, Prinzessinnengärten – – Nicht nur die Schlösser, die hier gebaut werden. Wenn man ein Schloss baut, braucht man auch einen Prinzessinnengarten, das ist doch logisch. Ein Schloss ohne Garten ist doch Quatsch, also Prinzessinnengarten und Schloss, dass man das als kulturelle Leistung der einzelnen Länder zusammenbringt, sonst wird es in Zukunft kein Europa geben, sonst wird es wieder das geben, woher wir alle kommen, nämlich wechselseitige Vorurteile, die letztendlich im Extremfall – wir wollen es nicht aussprechen. Daher ist die Rolle der Kultur in unserer Zeit absolut wichtig geworden. Das muss mal bemerkt werden, und es muss auch mal darüber nachgedacht werden, dass die UNESCO-Konvention für Kultur und für die kulturelle Identität der Menschen in ihren Ländern, die immerhin staatsrechtlich festgeschrieben ist, angewandt werden kann. Die ist seit ungefähr fünf Jahren beschlossen, aber es macht niemand etwas damit, und es stehen ganz tolle Sachen drin. Wir können das realisieren.

Ich komme zum Markt und zu den Buben in Rom. Der Markt ist bei der Berlinale nicht mehr richtig auf diesem Gebiet ausweitbar, auf dem wir uns befinden. Wir haben einen relativ – in Anführungszeichen – konventionellen Filmmarkt, interessanterweise, denn man könnte eigentlich alles über das Internet machen. Bei uns wird verkauft: Filme für das Kino, die Rechte für das Fernsehen, DVD – was es alles heute gibt. Früher gab es auf unserem Filmmarkt nur Kinderfilme. Wir lassen nicht Pornografie, Gewalt und Werbung verkaufen. Das wird vielleicht in den Hotelzimmern verkauft, das weiß ich nicht, aber auf unserem Markt lassen wir das nicht zu. In Cannes gibt es diesen Markt. Das finden die super. Der Markt ist also in der Richtung nicht ausbaubar. Und wir haben keine Spiele. Spiele in Deutschland sind in Köln.

Wo wir aber wirklich etwas mit zusätzlichen Investitionen, aber auch mit zusätzlichen Einnahmen für die Stadt strukturell für die Zukunft tun könnten – das war Ihre Frage – ist, dass wir in diesem ganzen Bereich TV-Produktion oberes Niveau haben. Es gibt ja diese Produktionen – nicht die normalen TV-Produktionen –, sondern, was Nico Hofmann so macht. Da wird ja Dresden nicht low Budget zerstört, sondern mit hohem Etat. Diese sogenannten Qualitätsproduktionen gibt es in Europa. Das sind zwischen 20 und 40 Produzenten, die diese Art von Produktion und auch europäische Koproduktionen machen. Wenn man die Diskussion in Großbritannien und in den USA richtig beobachtet, haben Sie vielleicht schon mal gehört, dass es dort gar nicht mehr so sehr darum geht, dass es aufregende Filme gibt, sondern da geht es überwiegend darum, dass es aufregende Fernsehserien gibt wie *Mad Men* oder *Breaking Bad*. Meine Kollegin ist Spezialistin, die guckt sich all das an. Da ist der große Markt, und wir haben vor, als Festival auch solche Filme zu zeigen. Wir haben zwei Mal bei der Berlinale elf Stunden den Film von Dominik Graf über die Russenmafia gezeigt, und wir haben letztes Jahr einmal „Dreileben“ gezeigt, ein Film von Petzold und zwei anderen Kollegen, auch Dominik Graf – drei Fernsehfilme – in Anführungszeichen – große Zuschauerzahl, fantastische Kritiken. Übrigens der Film „Barbara“, der auf der Berlinale gewonnen hat, vertritt jetzt Berlin und den Standort beim Oscar. Immerhin, mal sehen, wie weit er kommt. Ich wün-

sche ihm viel Glück. Da ist ein großer Markt, und ich denke, da könnten wir rein. Wir versuchen das. Wir müssen dazu auch Fernsehen im Programm zeigen, dieses anspruchsvolle Fernsehen, und dann können wir auch den Markt machen.

Zur Frage, wie das eigentlich die anderen mit dem Geld und der EU machen. Das ist alles ganz schwierig, weil wir auch EU-Geld haben, sonst hätte ich da schon längst was gemacht. Aber wir sind leider auch EU-Beihilfeempfänger. Wenn man sich das so anschaut, sieht man, dass die Leute bemerkt haben, dass man mit Filmfestivals zwei Dinge machen kann. Auch darüber haben wir hier schon gesprochen, deshalb nicht so ausführlich: Man kann einmal seinen Standort attraktiv verkaufen, wenn es funktioniert, auch für Produktion. Ich kann nicht sagen, ob die Berlinale viel dazu beiträgt, dass hier gedreht wird, aber die Berlinale trägt bestimmt viel dazu bei, dass Berlin als cooler Drehort gesehen wird. Ich bin im Aufsichtsrat des Medienboard. Da gibt es Zusammenhänge. Auf jeden Fall gibt es die Zusammenhänge, dass wir viele der Produktionen des Medienboards hier zeigen, promovieren, und wir machen eine gemeinsame Standortpolitik auch für Brandenburg. Auch die Berlinale macht das. Beim 100. Geburtstag haben wir eine Berlinale Kamera verliehen, auch wir sind mit Babelsberg zusammen, und das hat gut funktioniert. Man hätte es noch etwas schwungvoller machen können. Aber es sind nur einmal 100 Jahre, und das kann man ja nicht üben.

Warum die so viel Geld haben: Der Scheich von Abu Dhabi hat so viel Geld, dass er das Hotel gegenüber des Zoo-Palastes zu 100 Prozent finanziert hat. Der Scheich finanziert auch ein Filmfestival in der Wüste. 14 Tage danach hat der Scheich von Katar – der hat noch mehr Geld – seiner Tochter 2 Milliarden Dollar gegeben, um ein Kulturfestival zu machen, unter anderem ein Filmfestival. Dem gehören 20 Prozent von Porsche. Ich weiß zwar nicht, wie ein Porsche in der Wüste fährt, aber dem gehört der Laden. Und wir dürfen nicht vergessen: Dubai – or not Dubai – um das mit Shakespeare zu sagen: Auch da hat der Scheich beschlossen, drei Festivals zu machen. Im Oktober, November fliegen die mit Emirates Airlines Leute ein, pro Schauspieler 500 000 Dollar. Ich bin noch nicht damit geflogen, aber auf jeden Fall bekommt man dort Alkohol, alles ist First Class, alles ist unterkühlt, und man bewegt sich in Suiten, die so groß sind, wie der gesamte Potsdamer Platz, und alles, was man so hört, stimmt. Dagegen kommt man nicht an. Die wollen ihren Standort verkaufen. Die wissen, dass es nicht so viel Öl gibt, wie behauptet wird, und die wissen, dass sie einen wirtschaftlich attraktiven Standort brauchen, und ein wirtschaftlich attraktiver Standort ist nur interessant, wenn es ein kulturell attraktiver Standort ist. Wer will denn dahin, wo nichts los ist? – Ich nicht.

In Rom ist es so: Ich bin jetzt ganz vorsichtig, weil ich niemandem auf den Schlips treten will. Da gibt es einen Bürgermeister, der Alemanno heißt. Dem musste man wie damals Peter Sellers den Arm etwas runterdrücken, als er die Treppen zum Bürgermeisteramt hochgegangen ist. Der ist immer noch im Amt. Dieser Herr Alemanno, der diesen deutschen Gruß so mag – den ehemaligen deutschen Gruß hoffentlich –, braucht etwas. Was ist schöner, als wenn all diese Knalltüten von uns über den roten Teppich tappen, und er begrüßt und sagt „Guten Tag!“? Da greifen die schon kräftig in den Rettungsschirm, um sich zu retten, im wahrsten Sinne des Wortes. Das hat andere Gründe, da kann man auch nicht mit der EG kommen. Das ist so wie in Frankreich interessant. Da wird das Festival auch nicht von einem Ministerium bezahlt, sondern da ist nahezu jedes Ministerium beteiligt, natürlich auch, weil die Minister dahin fahren wollen. Die sind alle mit ihren Ministerien beteiligt. Das ist ganz anders als bei uns.

Wir sind organisiert, um die Frage noch zu beantworten: Wir sind eine GmbH, die zu 100 Prozent dem Bund gehört, formal gesehen zu 50 Prozent Berlin. Die wurde im Rahmen des Umtauschs 2001 in Bundeseigentum mit den anderen kulturellen Einrichtungen – damals waren es, glaube ich, sieben – genommen. In dieser GmbH sind das Haus der Kulturen der Welt, die Festspiele und die Berlinale. Beherrscht werden wir – obwohl zu 50 Prozent Berlin drin sitzt – vom Bund. Die haben das Sagen, die geben das Geld. Wir sind kein wirtschaftlicher Betrieb, aber die neuen Kulturmanager dürfen ja keine Verluste mehr machen. Das dürfen nur andere, Kulturmanager dürfen das nicht. Deshalb sind wir angehalten, dass wir unsere Etats halten. Natürlich können wir auch mal überziehen. Ich kann mich auch nicht beklagen, dass der Bund uns nicht unterstützt. Herr Neumann ist dafür bekannt, dass er den Film mag. Ich kann mich nicht beklagen, dass wir nicht genügend unterstützt werden, auch nicht von der Stadt Berlin, die das dadurch sehr kompensiert, dass sie uns mit allen Genehmigungen, die es gibt, hilft, dass wir hier unser Ding machen können. Das ist unsere Organisation. Wir sind drei Intendanten und Geschäftsführer. Wir arbeiten auf eigenem Wirtschaftsplan und sind dafür verantwortlich. Deshalb müssen wir solche wirtschaftlichen Entscheidungen treffen. Ich muss auch die künstlerischen Entscheidungen treffen, während es in Rom oder gerade in Venedig, auch in Cannes einen Präsidenten, einen Geschäftsführer und einen künstlerischen Direktor gibt. Das mache ich alles zusammen, natürlich mit dem wahnsinnigen Ziel, dass ich nur mal Präsident werde, denn dann muss ich nur noch auf dem roten Teppich stehen und Küsschen, Küsschen machen. Das ist der Job, den ich mir vorstelle, nachdem ich die anderen beiden aufgegeben habe. Also, das ist bei uns ganz anders. Wir sind so organisiert, und es ist kein Geheimnis, dass ich dafür plädiere – – Ich weiß nicht, ob die Presse hier ist, deshalb will ich es nicht so richtig sagen. Ich habe schon mal vorgeschlagen, dass die Berlinale auch eine Einzelfirma sein könnte – das weiß auch unser Aufsichtsrat –, denn wir haben so viele auch wirtschaftliche Aktivitäten, dass wir als Firma – in Anführungszeichen – ganz gut zurechtkommen würden. Aber wir kommen auch jetzt gut zurecht.

Irgendjemand hat nach einem Zuschuss gefragt. Wir arbeiten nach dem System eines verlorenen Zuschusses. Das bedeutet, wir haben 21 Millionen Euro Wirtschaftsplan, Kalkulation, Finanzierungsplan. Da fehlen 8 oder 10 Millionen Euro, je nachdem, wie das Jahr verläuft. Die müssen wir mit Sponsoren und Einnahmen kompensieren. Das ist die Einnahmequelle, die wir haben. Wir haben fast 4 Millionen Euro Sponsorengelder. Das ist extrem hoch und kann nicht weiter hochgefahren werden, weil wir schon sehr abhängig sind. Wir haben über 50 Sponsoren. Ich trinke seit Jahren dasselbe Bier, trage denselben Anzug und fahre dasselbe Auto. Die Nachtcreme ist auch dieselbe. Diese Sponsoren halten uns die Stange, bleiben bei uns und finden das auch alles gut. Wir haben einen Sponsor – um zu den Bäumen zu kommen –, das ist ENTEGA, eine Stromfirma in Darmstadt, die jetzt leider wahrscheinlich von den Grünen rekommunalisiert wird. Aber bis dahin war das atomkraftfreier – das wird vielleicht auch weiterhin so sein – Strom, mit dem wir am Potsdamer Platz alles beleuchtet haben. Das war auch nicht dunkler, oder? Mit denen machen wir diese Baumaktion zusammen, und wir haben bei der diesjährigen Berlinale immerhin 300 000 Euro in diese Bäume gesteckt. – Schluss.

Vorsitzende Martina Michels: Wir bedanken uns! Herr Goiny hat auf die Entwicklung hingewiesen. Wir haben schon jahrelang eine Zusammenarbeit. Früher haben wir angerufen und höflich darum gebeten, ob wir denn Herrn Kosslick mal bei uns im Ausschuss haben dürfen. Heute ist es umgedreht und wir werden angesprochen. Wollt ihr uns überhaupt nicht einladen? – Das ist auch eine Entwicklung. Es bleibt auch dabei. Bitte nehmen Sie das Verspre-

chen mit, dass wir als Abgeordnetenhaus ein fester Bestandteil bleiben. Ihnen und uns viel Erfolg! Bis zum nächsten Jahr. Sollten Probleme auftauchen, kennen Sie unsere Adresse. Herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, auch Ihren Kolleginnen, die Sie begleitet haben!

Dieter Kosslick (Berliner Filmfestspiele): Danke schön! Ich hoffe, Sie kommen alle zur Berlinale. Wenn Sie mal eine Backstagetour über den Markt haben wollen: Bisher war nur Frau Merkel da. Mit „nur“ meine ich nicht Frau Merkel, sondern Frau Merkel war als Einzige hier, hat sich diesen Markt angeguckt und mit den Leuten geredet. Sie war sehr beeindruckt, denn das geht so nebenher. Man bekommt gar nicht so mit, dass der gegenüber ist. Ich bin gern bereit, mal so eine Tour zu organisieren, damit Sie mal sehen, was quasi vor Ihrer Haustür passiert. Ansonsten sehen wir uns bei der Eröffnung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Martina Michels: Das Angebot nehmen wir an! Ihnen viel Erfolg! Damit schließen wir den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.